

# Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 6.

Beauftragt mit der Herausgabe: Hofrat Doenges in Dresden.

1915.

## Landtagsverhandlungen.

### II. Kammer.

5. öffentliche Sitzung am 23. November.

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 41 Min. vormittags.

Am Regierungstische: Ihre Excellenzen die Staatsminister DD. Dr.-Ing. Bedt, Graf Bismarck v. Eckardt, v. Seydewitz und Dr. Nagel, sowie die Regierungskommissare Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Grünmann, ferner Geh. Rat v. Köstlich, die Geh. Justizräte Dr. Mannsfeld, Dr. May und Weise, Wirkl. Geh. Kriegsrat Walde, Geh. Regierungsrat Dr. Koch und Regierungsrat Schmitt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß sich der Wunsch herausgestellt habe, über die geschäftliche Behandlung der sieben verschiedenen Anträge noch eine weitere Besprechung innerhalb des Seniorentermines und der Parteien stattfinden zu lassen. Infolgedessen wird die Sitzung bis 1/2 12 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung 11 Uhr 45 Min. teilt der Präsident folgendes mit:

Die sämtlichen Parteien des Hauses hätten sich dahin geeinigt, die vorliegenden Anträge in gemeinsamer Beratung zu nehmen und die Begründung der Anträge nicht besonders durch einzelne Antragsteller in erster Begründung und in Schlusswort zu nehmen, sondern die Begründung gleichzeitig von den Rednern der Parteien in dem gewohnten Gange der Debatte erfolgen zu lassen.

Die Kammer tritt hierauf in die Tagesordnung ein: Allgemeine Vorberatung über die Anträge die Lebensmittelfrage betreffend. (Drucksachen Nr. 2, 11, 16, 17, 22, 24 und 25.)

Das Wort erhält zunächst

Hg. Nichte Weusch (nl.):

Bei der Stellungnahme der Nationalliberalen Fraktion zur Ernährungsfrage geht es nach wie vor die Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit. Diesen Standpunkt werde die Nationalliberale Fraktion nach wie vor als ihren ersten Grundgedanken betrachten. Sie habe die Absicht, auf die Frage der Ernährung des Volkes näher einzugehen und auch vor allen Dingen die Vorgänge und die Mängel, die sich bei der Organisation, der Verteilung und der Preisbestimmung gezeigt hätten, in aller Öffentlichkeit zu besprechen. Sie fühle sich einmal dem Volke gegenüber hierzu verpflichtet, zumal feststehe, daß genügend Lebensmittel vorhanden seien und daß in eine ernste Verlegenheit unser Volk nicht kommen könne. (Sehr richtig! in der Mitte.) Diese Feststellung sei sehr wertvoll und auch erfreulich. Aber weniger erfreulich seien die Vorgänge, die sich bei der Preisbestimmung und bei der Verteilung gezeigt hätten. Die Ausgangspunkte der letzten außerordentlichen Landtags- gesessenen Beschlüsse, daß der Preis der Lebensmittel nicht zu hoch sein dürfe, sei nur bis zu einem geringen Grade in Erfüllung gegangen. Zugabe sei wohl, daß die Reichsstellen in Berlin während der letzten Wochen eine Reihe von Maßnahmen getroffen hätten, die sich auch zu bewähren schienen. Seine Partei habe davon Kenntnis genommen, daß Konferenzen und Erörterungen über Ernährungsfragen stattfänden, daß Bestimmungen, Verfügungen und Verfügungen sich geradezu überflüssig und alle diese Dinge jetzt mit einer Schnelligkeit lämen, die vielleicht früher viel erwünschter gewesen wäre. Trotz dieser Feststellung müsse vieles besser gemacht werden. Gerade der Gang der Dinge und vor allen Dingen die Entwicklung der letzten Wochen habe gezeigt, daß es möglich gewesen wäre, diese Preissteigerungen fern zu halten. (Sehr richtig!) Die Vorgänge der letzten Wochen zeigten aber auch mit ziemlicher Deutlichkeit, wo in der Hauptsache die wirklichen Schuldigen zu suchen seien. Es sei sehr wertvoll festzustellen, daß alle die Kreise, denen man Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen habe, sich während des Krieges durchaus national gezeigt hätten (Sehr richtig!), während der Mangel an einer anderen Stelle sehr oft deutlich zutage getreten sei. Er habe nicht die Absicht, auf Einzelheiten einzugehen, aber es wäre sehr leicht nachzuweisen, daß gerade die Leute, die sich während der letzten Wahlen in dieser Beziehung hervorgetan hätten, jetzt Rot und Röhre hätten, dem Staatsbankrott zu entgehen. Einen Stand als solchen wolle er namens seiner Partei, wie schon früher betont, für die Preissteigerung auch heute nicht verantwortlich machen. Es handle sich nicht um Stände, es handle sich auch nicht um politische Parteien, es handle sich um Preissteigerer und Bucherer im allgemeinen; und wenn man ein gutes Gewissen habe, solle man sich mit an die Seite seiner Partei stellen und den Kampf gegen diese Preissteigerer aufnehmen. Auffällig sei es, daß bei diesen Preissteigerungen in der Hauptsache die Kreise beteiligt seien, die sonst immer so viel von Vaterlandsliebe und von Gottesfurcht gesprochen hätten. Ganz besonders auffällig sei es, daß diese Kreise eine scharfe Beurteilung erfahren, nicht von den politischen Parteien, sondern von den Behörden, den Landräten, den Amtshauptleuten. Also auch hier habe man erkannt, daß Worte und Taten streng auseinander zu halten seien. Festgestellt sei auch worden, daß die Kreise, die bei den Regierungen zu Einfluss gekommen seien, ihren Einfluss benutzt hätten, um auf die Preissteigerung im allgemeinen einzuwirken. Dieser Umstand erkläre alles. Immerhin sei seine Partei dankbar, daß die Regierung, daß der Reichstag, seiner vollen Verantwortung bewußt, nun etwas schärfere Maßnahmen ergriffen habe. Bei dieser Gelegenheit müsse freilich auch an den Maßnahmen der Reichsregierung Kritik geübt werden. Die Dinge müßten hier zur Sprache gebracht werden, weil es der Presse nicht möglich sei, auf diese wichtigen Fragen einzugehen. (Zuruf links: Warum denn nicht?) Da müsse der Reichstagler gefragt werden. Er erinnere vor allen Dingen daran, daß jede leise Andeutung, daß die Leute, die auf die heutige Preisbildung hingearbeitet hätten, die Unterstützung des preussischen Landwirtschaftsministers gefunden hätten, mit aller Entschiedenheit von den maßgebenden Stellen verhindert sei. Weiter erinnere er daran, daß Staatsminister Delbrück durch eine Beeinflussung der Presse, vor allen Dingen der Provinz- presse, in einseitiger Weise, vielleicht ungewollt, aber doch schließlich zu einer ganz falschen Orientierung über diese Frage die Hand biete. Der grundlegende Fehler sei gleich bei der Mobilisierung gemacht worden. Er habe schon gelegentlich der Begründung des Antrages seiner Partei im letzten außerordentlichen Landtag darauf hingewiesen, daß alle Käufer für die Reichsmilchverwaltung als sachverständige Begutachter der Preise gewählt worden seien. Ohne Rot seien Preise angeboten und bezahlt worden, die überhaupt von den Landwirten nicht verlangt worden seien. Den Produzenten seien diese Preise geradezu aufgedrängt worden, aber es sei ihnen auf Umwegen gesagt worden, daß sie die und die Preise verlangen könnten. Hier liege der Anfang des Wunders. Diese Kreise hätten sich schwer verständigt am Volksganzen, sie hätten die ganze Verantwortung in der Hauptsache zu tragen, und daran ändere es auch nichts, wenn sie schließlich von deutscher Seite hohe Anerken-

nung oft gefunden hätten. An diesen Preissteigerern seien eben die Interessenten in der Hauptsache beteiligt gewesen; ob dabei schließlich die Großhandelskreise mit beteiligt gewesen seien, die schon einen Teil der Ernte an sich gebracht hätten, ob der Großgrundbesitz in eigener Person, ob der Rabbi oder der Mönch, diese Frage scheidet zunächst vollständig aus. Die Ernte von 1914 sei weit über den normalen Preis bezahlt worden und anlangend die Ernte des Jahres 1915, für die allerdings höhere Produktionskosten entstanden wären, habe er die Anträge an den Hrn. Minister zu richten, ob es so sei, daß im Bundesrat der Landwirtschaftsminister v. Scholtmeier-Lieser dafür eingetreten sei, daß die Getreidepreise eine weitere Steigerung erfahren sollten. Wenn der Hrn. Minister nicht in der Lage sei, Auskunft zu geben, dann würde das dahin auszuliegen sein, daß seine Vermutung zutrefte. Natürlich trüge die Staatsregierung für die Entwicklung dieser Fragen keine Schuld. Diese habe ihr Wort gegeben, daß sie alles tun wolle, und es sei ihr zugekommen, daß das auch geschehen sei. Aber es müsse mehr verlangt werden. Seine Partei verlange unter 1, daß die festgesetzten Höchstpreise für Nahrungsmittel auf das ohne Gefährdung der Erzeugung mögliche und für die ausreichende Ernährung des Volkes notwendige Maß zurückgeführt werden. Diese Forderung entspreche der besten Überzeugung, daß es möglich sei, die bestehenden Höchstpreise herabzumindern. Man müsse sich von dem Gedanken lösen, daß im Krieges jeder das Recht habe, viel zu verdienen. Neben der allgemeinen Wehrpflicht müsse eine allgemeine Wirtschaftspflicht verlangt werden. (Sehr richtig!) Die Organisation derselben hätte lange in die Wege geleitet werden müssen. Daß dies nicht geschehen sei, sei nicht die Schuld der Volkvertretung, auch nicht die Schuld der Kreise, die sich sonst mit diesen Fragen beschäftigt hätten, sondern die Schuld der Regierung, und vor allen Dingen die Schuld der Reichsregierung. In dieser ersten Zeit habe jeder einzelne nur das Recht, soviel zu verdienen, wie er zur ordnungsmäßigen Fortführung seines Betriebes und zur Erhaltung seiner Familie brauche. Daß die Herabsetzung der Preise die Felder nicht fruchtbar seien, zeigt ein technischer Überblick über das Erntejahr 1915, den Redner auf Grund von Angaben von Landwirten gibt. Er erinnert an den teuren Futtermittel- und Düngemittel, den Leutenmangel und den Mangel an Saatgut und wirft schließlich die Frage auf, ob es nicht angängig sei, in bezug auf die Getreidepreise die Preisbestimmung einer Revision zu unterziehen. Der Regierung würde es sehr leicht sein, durch staatliche Erhebungen festzustellen, ob die von ihm angeführten Umstände gar zu sehr ins Gewicht fallen. Die Leutenot sei nicht nur in der Landwirtschaft vorhanden, mit ihr müsse sich auch die Industrie und das Gewerbe abfinden. Sie bringe große Schwierigkeiten für die Landwirtschaft, aber sie solle nicht vollständig bei der Verteuerung der Produktion ins Gewicht. Nach allem würde man zugeben, daß eine weitere Steigerung der Getreidepreise auf keinen Fall verantwortet werden könnte. Das notwendige Nahrungsmittel, das Brot, müsse dem Volke billiger gegeben werden und könne billiger gegeben werden. (Sehr richtig!) Für die Spannung zwischen Getreide- und Preissteigerung sei keinesfalls die Landwirtschaft verantwortlich zu machen. Während seine Partei von Sorgen bewegt sei, ob es möglich sei, unserem Volke billigeres Brot zu geben, höre sie von weitem, daß man damit umgehe, die Preise zu erhöhen (Zuruf links: Ja!), da am 1. Januar die Stoffpreise in Kraft treten. Seine Partei werde das dringende Ansuchen an die Sächsische Staatsregierung, daß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bei der Reichsregierung und dem Bundesrat dahin vorstellig werde, daß diese Stoffpreise wegfallen, weil sie durch nichts gerechtfertigt seien. Es sei seit Beginn des Krieges so viel geändert worden, was als Verfügung ins Land hinausgegangen sei, daß man diese eine Änderung noch sehr gern mit in Kauf nehmen würde. Der Redner vertritt sich jedoch über die Steigerung des Höchstpreises über den Durchschnitt der letzten zehn Jahre und fährt fort: Es sei sehr interessant, daß nach den neuesten Feststellungen das Königreich Sachsen überaus gut sei, so daß es sich selbst versorgen könne. Er frage die Regierung, ob sie auch die Konsequenzen zu ziehen gedente, ob sie auch, so wie es in Preußen, Bayern und Württemberg der Fall sei, daran gedacht habe, für sich eine Landesgetreidekasse zu beantragen. Dann würde sich die ganze Angelegenheit wesentlich besser regeln. Jetzt sehe er im Königreich Sachsen nur Leipzig, Plauen, Zwickau und der Kommunalverband Auerbach mit der Reichsgetreidekasse in loser Verbindung. Eine Unabhängigmachung von der Reichsgetreidekasse sei wohl möglich, wenn annehmbarerweise auch die Reichsregierung diesem Verlangen Schwierigkeiten entgegenzusetzen würde. Vor allen Dingen würde durch die Landesgetreidekasse eine Reihe von Nebenerscheinungen eine äußerst erwünschte Regelung erfahren. Vor allen Dingen würde die Landesgetreidekasse in der Lage sein, die gleichmäßige Beschäftigung der Mühlen herbeizuführen und den Kleiverbrauch und die Kleiabgabe besser zu regeln, als es jetzt geschehe. Unter dem Mißverhältnis zwischen Kleiverbrauch und Kleiabgabe lägen vor allen Dingen die Kleinsten und mittleren Landwirte, die als Viehzüchter sehr wertvoll seien. Man könne sich darüber wundern, daß die einschlägigen Stellen, von denen er gesprochen habe, nicht beim Bundesrat auch nach dieser Richtung hin vorstellig geworden seien, insbesondere die Landwirtschaftskammern und der Landesfiskus. Auch möchte er bei dieser Gelegenheit großen, mittleren und kleinen Grundbesitz unterscheiden wissen. Wenn der kleine und mittlere Besitz vielleicht auch durch die sogenannte Konjunktur einen vorübergehenden Nutzen gehabt habe, so habe er durch eine Reihe anderer Maßnahmen wieder eingebüßt und schließlich noch mehr bezahlt, wie er verdient habe. Das selbe gelte bei den Maßnahmen über die Beschlagnahme der Getreide. Diese Beschlagnahme entspreche nicht den Grundätzen der Gerechtigkeit. Zunächst habe es den Anschein, als ob alle gleich behandelt worden seien. In Wirklichkeit liege aber eine unterschiedliche Behandlung, wie man sie sich nicht größer vorstellen könne, vor. Die Getreidefrage gebe auch Veranlassung, auf die Preissteigerung der Brauereien einzugehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ habe öffentlich davor gewarnt, Getreide zu verkaufen, da die Preise für Getreide noch weiter in die Höhe steigen müßten. (Hört, hört!) In bezug auf die Getreidefrage sei die Ernennung noch wichtig, daß sich das Königreich Bayern abgefunden habe, das heute ein besonderes Getreidegebiet bilde und nicht daran denke, mit dem Reiche irgendein Abkommen zu treffen. Eine Steigerung der Getreidepreise sei auch dadurch bedenklich, weil eine große Anzahl notwendiger Nahrungsmittel dadurch verteuert würden als Getraide, Getreide, Malz, Kaffee und eine ganze Reihe anderer sehr notwendiger Erzeugnisse. Weiter sehe seine Partei auf dem Standpunkt, daß die Verteilung des Brotes in einer anderen Weise zu erfolgen habe, als bis jetzt geschehen sei. Man gebe Zusatzmarken für Brot und habe damit ja auch den Weizen erbracht, daß genügend Brot zur Ernährung unseres Volkes vorhanden sei. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aber man ziehe eine Einkommensgrenze für die Zusatzmarken und gebe von ganz falschen Voraussetzungen aus. Die jetzige Art der Verteilung sei falsch, sie gebe auch zu Verwirrung Veranlassung. Nicht dem Brot läge als wichtigstes Nahrungsmittel die Kartoffel in Frage. Man wisse, daß die Kartoffelfrage 1914 nicht wünschgemäß ihre Erledigung gefunden habe. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch die Regierung sei ihrer eigenen Aufgabe nach mit der Erledigung dieser Frage durchaus nicht einverstanden gewesen. Wenn man annehme, daß man aus gewissen Vorsorgen viel gelernt hätte, dann sei das ein Trauerspiel.

Denn jetzt habe man Kartoffeln, sehr viel Kartoffeln, aber doch keine Kartoffeln. (Heiterkeit.) Die Kartoffeln seien da, es habe eine Art Beschlagnahme stattgefunden. Es gäbe Grundpreise, es gäbe Höchstpreise, aber es sei schwer, Kartoffeln zu bekommen. Hier müsse seine Partei auch sehr scharfe Vorwürfe gegen die Reichsleitung richten. Die Zweite Kammer habe am Schluß des letzten Landtages in bezug auf die Kartoffelfrage den Antrag angenommen, in dem es hieß: „Aus den Kartoffelbeständen der neuen Ernte seien so viel Speisekartoffeln, als für die menschliche Ernährung notwendig seien, zu sichern und den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen.“ Warum sei das nicht getan worden? Wenn man diesen Anregungen gefolgt wäre, die von der ganzen Kammer, auch von Seiten der Vertreter der Landwirtschaft, angenommen worden wären, dann wäre man nicht in die heutigen Schwierigkeiten gekommen. Wo seien denn die Hauptschuldbigen bei der ganzen Sache? (Lebhaftes Zehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Warum denn nicht eine Beschlagnahme im großen Stil, warum nicht eine Enteignung? Diese Frage sei zu beantworten von der Reichsregierung, und da man sie nicht selbst fragen könne, müsse die Regierung Auskunft geben. (Abg. Uhlig: Wie die Antwort lautet, wissen wir!) Man habe doch in der Industrie z. B. Beschlagnahme über Beschlagnahme (Sehr richtig!), man frage überhaupt nicht danach, wie die Dinge weiter gingen. In der Industrie hätten sich Dinge im bezug auf die Beschlagnahme entwickelt, die fast gar nicht sichtbar seien (Sehr richtig!), die Behörden seien in die Verträge der Industriellen eingetreten und hätten dann den Industriellen ihre eigene Ware zu einem dreifach höheren Preise angeboten (Hört, hört!) und auch abgenommen bekommen, weil die Industrie sie haben müßte. Hier sei man in einer Art und Weise vorgegangen, die zu den schwersten Bedenken Veranlassung gebe. Mit aller Entschiedenheit würden Maßnahmen verlangt dahingehend, daß die Kartoffeln zu einem wesentlich billigeren Preise unserer Bevölkerung auch zugänglich gemacht würden. Man müsse doch auch berücksichtigen, daß die Kartoffel das Nahrungsmittel der Leute sei, die am allerwenigsten Mittel zur Verfügung hätten. Weiter sei behauptet worden, daß auch die Kommunalverbände den Zwischenhandlungen eintrüben. Er stelle daher auch die Frage an die Regierung, ob ihr das bekannt sei, und möchte mit aller Entschiedenheit darum ersuchen, daß einem derartigen Verhalten dann Einhalt getan werde. Die Kommunalverbände hätten die Kartoffeln so abzugeben, wie sie sie kaufen, höchstens zuzüglich der allernotwendigsten Zinsen. Es müsse möglich sein, einem jeden Menschen in Sachsen so viele Kartoffeln, wie er brauche und haben wolle, zum Preise von höchstens 3 M. zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig!) Wenn ein Generalsekretär einer Landwirtschaftskammer auf dem Standpunkte stehe, wie das tatsächlich der Fall gewesen sei, daß die Landwirtschaft in den Krieg gezogen sei in der Meinung, daß sich die Preise nach Angebot und Nachfrage gestalten und man verkaufen könne, wo man am meisten geboten bekäme, dann sei er der Meinung, daß das doch wohl nicht die Auffassung der gesamten Landwirtschaft sei. Aber immerhin gebe es zu bedenken, wenn berufene Vertreter der Landwirtschaft derartige Äußerungen tätigen. Er meine, daß auch der weitaus größte Teil der Landwirtschaft bei Beginn des Krieges genau auf demselben Standpunkte gestanden habe, den auch andere Berufsklassen eingenommen hätten und der dahin ginge, daß man diese ganze Frage, die Frage der Ernte und des Verbrauches, zunächst als eine nebensächliche betrachte (Sehr richtig!) und daß diese Frage nur durch die Länge des Krieges, vor allen Dingen auch durch die Notwendigkeit der Ernährung unseres Volkes, an Bedeutung gewonnen habe auch für jene Kreise. Der Hrn. Minister des Innern habe im letzten außerordentlichen Landtag die Angaben über die Kartoffelbestände wohl als überraschend und als nicht richtig zunächst zugegeben, aber hinzugefügt, er sehe voll und ganz dafür ein, daß keine falschen Angaben gemacht worden seien. Er wisse nicht, ob der Hrn. Minister heute noch auf demselben Standpunkte stehe. Wenn das der Fall sei, dann sei noch die Frage an ihn zu richten, aus welchem Grunde er dann die Mahnung an die Kartoffelerzeuger und Großhändler gerichtet habe, daß eine Aufsicht auf Erhöhung der Grundpreise nicht vorhanden sei, daß weiter die Regierung, wenn die Zurückhaltung der Kartoffeln so bestehen bleibe, scharfer zuzufassen würde. Wenn also der Hrn. Minister die Überzeugung habe, daß diese Verordnung notwendig gewesen sei, dann werde er auch gebeten, es nicht nur bei Maßnahmen zu lassen, sondern einmal mit einer etwas anderen Maßregel vorzugehen, damit nicht wieder der Welt das Beispiel wie nach der letzten Kartoffelernte gegeben würde. Ähnlich wie bei den Kartoffeln sei es auch beim Fleisch und vor allen Dingen beim Schweinefleisch. Auch hier seien Höchstpreise festgesetzt worden, auch für den Kleinhandel, aber es sei nichts oder nur sehr wenig zu diesen Preisen zu haben. Nach den Schlachthofberichten erhielten die Käufer kein Vieh. Es sei ein Mangel, daß die Höchstpreise wohl für den Handel auf dem Schlachthofmarkt festgesetzt worden seien, aber nicht für den Verkauf bei den Fleischproduzenten. Jetzt denke nämlich der Viehproduzent, er habe das Recht, die Höchstpreise zu verlangen, und der Händler, der nun auch nicht mehr als diese Höchstpreise fordern dürfe, sei gar nicht in der Lage, die Geschäftevermittlung überhaupt noch in die Hand zu nehmen. Er gebe zu, in Berlin sei das vorgekommen, daß die Schweinegroßhändler den Kleinhandlern oder Fleischmeistern in ähnlicher Weise gedient hätten, aber hier sei man dafür, daß die allerhöchsten Maßregeln, sei es Geschäftsverbot oder Gefängnisstrafe, angewendet würden, um denartigen Dingen einen Riegel vorzulegen. Man könne vielleicht sagen, es sei kein Fehler, daß der Viehantrieb nicht so groß sei, denn dann würde sich die Frage infolge des großen Viehbestandes von selbst regeln. Dabei liege aber die Gefahr vor, daß, wenn beim Vorhandensein eines großen Viehbestandes auf die Regierung von den Interessenten, und besonders von einflussreichen Kreisen, eingeführt werde und eine Verfügung ercheine, daß die Gemeinden zu ihren alten Konventionen noch so und so viele neue Konventionen kaufen müßten, nur damit das Fleisch den Produzenten zu annehmbaren Preisen abgenommen werden könnte. Es sei überhaupt in Frage zu stellen, ob man nicht dazu übergehen solle, die Fleischkonventionenfabrikation etwas zu kontingentieren. Hier liege auch ein großer Fehler, der die Preisbildung ungünstig beeinträchtigt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Seine Partei sei der Meinung, daß sich das Ministerium des Innern mit dieser Frage ganz eingehend beschäftigen müsse. Natürlich habe sich auch die Nahrungsmittelindustrie sehr oft an dem Reine, soweit die Preissteigerer in Betracht käme, beteiligt. Diese Leute sollten auch ohne weiteres vollständig preisgegeben werden. In der Einrichtung der Fleisch- und fettlosen Lage sei darauf hinzuwirken, daß dann auch die Privatfleischlungen und Schlachtfeste zu unterbleiben hätten. Es gehe ferner nicht an, daß man in der Stadt verbiete, an gewissen Tagen Fleisch zu essen, und daß man auf dem Lande an diesen Tagen Privatfleischlungen vornehme. Als nun dem Bürger auf Brot und Kartoffeln doch eine gewisse Grenze nach oben gezogen worden sei, seien die Preise für Butter und Milch gestiegen. Nun hänge die Milchherzeugung zusammen mit der Güte und Menge des Futters, und es seien die Schwierigkeiten durchaus nicht zu verkennen, die sich da für die Milchproduktion ergäben. Damit aber die hohen Preise, wie sie vorliegen, zu rechtfertigen, sei anzuzweifeln, denn die Reingewinne, welche die Milchviehzüchter erhalten und die in einzelnen Fällen auf das Drei- und Vierfache wie in Friedenszeiten gingen, bewiesen doch ohne weiteres, daß auch hier die Dinge anders lägen, als wie oft erzählt würde. Die „Deutsche Tages-



zeitung" fände natürlich auch die hohen Milchpreise sehr in Ordnung, sie überlasse damit natürlich freiestens. Es seien die den letzten Beratungen auch Höchstpreise in dieser Beziehung für die Verkäufer, für den Groß- und Kleinhandel gefordert worden. Es sei die Beschlagnahme der wichtigsten Nahrungsmittel gefordert und auch die Frage aufgestellt worden, ob es nicht notwendig wäre, in Bezug auf gewisse Nahrungsmittel einen Preisfestsetzungszwang zu fordern. Wenn man sich vergegenwärtige, daß vor allen Dingen in der Nähe von Großstädten Grundbesitzgesellschaften große Ritzergüter kauften, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, so läge doch die Frage nahe, ob nicht diesen Gesellschaften eine gewisse Verpflichtung dazu auferlegt werden könnte. Freilich hätte man diesen Gedanken vor einem Jahre in Erwägung ziehen müssen. Da wäre es möglich gewesen, die Milchproduktion zu steigern. Zum Schluß des Antrags werde unter 3. gefordert, daß die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Herstellung von Gegenständen des täglichen Lebens im Interesse der Allgemeinheit tatkräftig gefördert werde. Hierunter sei vor allen Dingen zu verstehen, daß energische Maßnahmen getroffen würden, durch welche die Landwirtschaft Futter und Düngemittel in möglichst ausgiebigem Maße und zu einem zu erschwirrenden Preise zur Verfügung gestellt würden. Seine Partei glaube, daß es durch die Tapferkeit unserer verbündeten Truppen im Südosten möglich sein werde, auf diesem Gebiete jetzt schon in Kürze etwas zu bieten, und bitte die Staatsregierung, in Berlin mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß Sachen bei Zuteilung dieser Dinge nicht zu kurz komme. Auch auf allen anderen Gebieten sei es wünschenswert, daß der Erzeugung von Nahrungsmitteln und der Herstellung anderer Gegenstände Erleichterungen gewährt würden. Viel Wert lege seine Partei darauf, daß in unserer Verwaltung kaufmännischer Geist vorhanden sei. Aber wenn man den kaufmännischen Geist so auslege, daß nun auch das Finanzministerium jetzt im Kriege meine, es müßte auch etwas an den Preisfestsetzungen teilnehmen, dann möchte doch der Begriff des kaufmännischen Geistes etwas anders ausgelegt werden. Es sei erwünscht, daß das Königl. Finanzministerium auch nach dieser Richtung hin mit gutem Beispiel vorangehe. Es sei immer bedenklich und heimlich nicht gerade besonders an, daß gerade die Leute, welche die Geschäfte während des Krieges machten, immer so sehr vom Durchhalten sprächen. Das Volk, das große Opfer bringe, könne auch verlangen, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen so getroffen würden, daß seine Interessen und nicht die Interessen einer Hand voll Leute, denen es sonst auch nicht schlecht ginge, besonders wahrgenommen würden. Wenn auch die heute behandelten Fragen einen dunklen Schatten auf die großen Ereignisse unserer Zeit werfen, so sei doch nicht der Mangel an Hauptnahrungsmitteln die Sorge, sondern lediglich ihre Verteilung und gerechte Verteilung. Zum Schluß danke er der sächsischen Staatsregierung dafür, daß diese in voller Einmütigkeit und Abereinmütigkeit mit der Zweiten Kammer in Berlin ihren Namen gestellt habe. Dieser Dank sei der Ersten Kammer leider zu verjagen, die wohl auch Mittel hätte finden können, um sich mit diesen wichtigen Fragen eingehend zu befassen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Zum Schluß beantragt der Redner, den Antrag der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen. (Bravo)

**Dr. Abg. Rehner (son.):**

Die Anzahl der zur Beratung eingebrachten Gegenstände ergebe, daß alle Parteien des Hauses der Ernährungsfrage das lebhafteste Interesse entgegenbrachten und das gleiche Ziel, den Bedarf an Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Lebens zu erträglichen Preisen sicherzustellen, im Auge hätten. Alle Anträge bewegten sich auf, abgesehen von einigen grundsätzlichen Beschreibungen, in ähnlichen Richtlinien. Man sollte deshalb alle parteipolitischen Gegensätze zurückstellen und sich auf diesem Gebiet zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. Von den Anträgen der Konservativen Fraktion erhalte der erste nur allgemeine für die Behandlung der Frage besonders richtige Richtlinien und Gesichtspunkte, während sich der Antrag Nr. 24 mit einer Spezialfrage, der erleichterten Freigabe des zur menschlichen Ernährung nicht mehr tauglichen Vorkorns des Getreideabfalls beschäftige, und der Antrag Nr. 25 eine ganz neue, seines Erachtens bisher überhaupt noch nicht angeschnittene und mehr juristische Frage aufwerfe. Bezüglich der letzteren möchte er nur bemerken, daß durch den völlig unbeschränkten Abschluß von Rechtsgelehrten über Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs der Preistreiberer Tor und Tür geöffnet werden. Daß die konservative Partei in dem Bestreben, Lebensmittel und auch die sonstigen Gegenstände des täglichen Bedarfs nach Möglichkeit zu verbilligen und sie allen Kreisen des Volkes zu erschwinglichen Preisen zugänglich zu machen, hinter den anderen Parteien des Hauses nicht zurückstehe und der Lösung dieses Problems auch von vornherein das richtige Verständnis entgegen gebracht habe, brauche er nicht zu versichern, wenn auch heute wieder angedeutet worden sei, daß man der Konservativen Partei leicht, in der Ernährungsfrage wenigstens, einen einseitigen Standpunkt, einen Standpunkt, der zu sehr die Interessen der Erzeuger vertrete, vorwerfe. Man verkenne dabei das Wesen der Konservativen Partei, die keine Agrarpartei und auch nicht eine Vertreterin einzelner Berufsstände bloß sein wolle. (Abg. Rißschle-Lenk: wolle!) Sie könne (Jurist: solle!), sie habe ihre Aufgaben in der gesunden Fortentwicklung des gesamten Volkswesens und werde sich in dieser Beziehung allerdings in die Verhältnisse, die sich gebildet hätten, fügen müssen. Wenn das schon im Frieden der Fall sei, so sei das erst recht im Kriege nötig, wo es sich darum handle, den Staat doch besonders zu stützen und zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Freilich, die Konservativen seien über die Form, wie die gegenwärtige Frage zu lösen sei, vielfach anderer Auffassung, deshalb glaube man, sie hätten nur die Interessen eines Standes, in erster Linie der Landwirtschaft (Abg. Wäntzer: Großgrundbesitzer!), zu vertreten. Es sei ja aber erfreulicherweise auch von anderer Seite darüber kein Zweifel gelassen worden, daß die Landwirtschaft in ihrer Produktionsfähigkeit allenthalben gestärkt werden müsse. Er wolle aber seine Partei nicht gegen verschiedene Anfeindungen der Landwirtschaft in Schutz nehmen, sondern nur als Vertreter eines Kommunalverbandes, des höchsten ländlichen Kommunalverbandes, feststellen, daß die sächsische Landwirtschaft in dieser schweren Zeit voll und ganz ihre Pflicht getan habe, und daß ganz besonders die Frauen der Landwirte mit ihren Kindern und ihren Verwandten (Bravo! Sehr richtig! rechts) sich in den Dienst des Vaterlandes gestellt hätten. Redner wendet sich dann zu den verschiedenen Maßnahmen der Reichsleitung und der Königl. Staatsregierung nach Schluß des vorigen Landtages. Die Regelung, die der Reichstag des Brotgetreides durch die Verordnung vom 28. Juni d. J. gefunden habe, dürfe wohl im allgemeinen als eine befriedigende anerkannt werden. Gerade der Brotpreis sei natürlich von der größten Bedeutung für die Bevölkerung gewesen, und wenn vom Abg. Rißschle eben gesagt worden sei, daß er doch noch zu hoch bestimmt worden sei, so wolle er darauf hin, daß die Verhältnisse nicht einheitlich im ganzen Lande lägen, daß in einzelnen Gegenden die Lebensmittel überhaupt teurer seien als in anderen. Ob es möglich sein werde, den Brotpreis etwas herunterzusetzen, sehe dahin. Er könne vielleicht noch heruntergesetzt werden, sobald die Preise für das Kartoffelmehl, mit dem das Getreide zu kochen sei, noch weiter heruntergehen. Jedenfalls werden sich alle Kommunalverbände bemühen, nach dieser Richtung hin den Wünschen gerecht zu werden. Die Organisation der Landwirtschaft hätte vielleicht im Königreich Sachsen noch weiter durchgeführt werden können. Auch er bedauere, daß es nicht gelungen sei, das Königreich Sachsen zu einem geschlossenen Ganzen in dieser Beziehung zu machen, und daß der Ausgleich zwischen Zuschuß- und Überschußbezirken innerhalb des Königreichs Sachsen nicht möglich sei. Wenige Kommunalverbände seien jetzt noch auf den Beistand mit der Reichsgetreidekasse angewiesen, aber die Geschäfte, die jetzt in der Reichsgetreidegesellschaft abgeschlossen werden, gehen wesentlich glatter von statten, als früher mit der Kriegsgetreidegesellschaft. Redner erwähnte dann weiter die außerordentlich wichtige Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen

und die Preisverordnungen vom 25. September und vom 4. November. Diese Verordnungen bildeten die Grundlage für den Aufbau der Organisation, den besonders § 2 des sozialdemokratischen Antrages fordere, und außerdem geben diese Verordnungen eine ganz ausgezeichnete Handhabe, die Preise für die Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs in angemessenen Grenzen zu halten. Auch die Konservativen hielten eine scharfe Regelung gewisser Lebensmittel für gewisse Preise, z. B. der Milch für Kinder, für dringend notwendig, dergleichen eine allgemeine Verbrauchsbeschränkung bei Fleisch, bei Fetten und sonstigen wichtigen Gegenständen. Das gelte selbstverständlich für alle Kreise, die in der Lage seien, sich leichter Nahrungsmittel zu verschaffen, wie diejenigen, die infolge ihrer geringen und geringen Vermittlung das nicht könnten. (Sehr richtig!) Auch von der Einsetzung der Landesnahrungsmittelstelle erhoffte er eine bessere Regelung der außerordentlich wichtigen Frage der Beschaffung von Futtermitteln. Es sei hier und da in Sachsen der Glaube verbreitet, daß Sachsen gegenüber anderen Bundesstaaten in dieser Beziehung etwas ungünstiger gestellt sei. Das sei nach seiner Kenntnis der Dinge aber nicht der Fall. Auf alle Fälle bitte er die Staatsregierung, der Beschaffung von Futtermitteln die gesparteste Aufmerksamkeit zuzuwenden. An manchen anderen Verordnungen könne auch keine Partei nicht ganz ohne Kritik vorbeigehen. Vor allem vermisse er eine großartige, systematische Regelung des ganzen Stoffes. Nicht nur, daß man vielfach mit der Organisation viel zu spät eingegriffen habe, sei man auch zu langsam, zu rückwärts vorgegangen (Sehr richtig! bei den Konservativen), beispielsweise, wie schon erwähnt, bei der Kartoffelverorgung. Durch die verschiedenen, zum Teil tiefenstehenden Verordnungen sei ein immerwährendes Umändern der getroffenen Dispositionen notwendig gewesen. Wenn jetzt nun noch der Preis und Schwierigkeiten bei der Beförderung dazu kämen, sei es vielfach kein Wunder, wenn man mit einer Kartoffelstimmigkeit zu tun habe. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Auch nach einer anderen Richtung hin hätte man vielleicht manches berücksichtigen können. Man hätte den Handel, und zwar den Groß- und den Kleinhandel, von vornherein mehr in die Organisation einbeziehen müssen. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Konservativen.) Man hätte ihn unter eine gewisse Kontrolle stellen müssen. Dadurch, daß das nicht geschehen sei, lämen die ganz exorbitant hohen Preise. Auch dem Umstand, daß man neben dem legalen Handel den Gelegenheitshandel, der vielfach ohne jede Sachkenntnis bloß des Gewinnes wegen geschaltet habe, nicht beschränkt habe, habe man nach seinem Vorhalten eine gewisse Preisfestsetzung zu verstanden. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Der Mangel an einer systematischen Regelung habe aber schließlich wohl dazu geführt, daß die Zahl der Verordnungen ins Ungemessene angelegten sei (Sehr richtig! bei den Konservativen), deren Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit nicht immer genügend berücksichtigt worden sei. (Sehr wahr!) In allen Kommunalverbänden müsse man mit einer geringen Anzahl von Beamten und mit ungeschulten Kräften rechnen. In den ländlichen Kommunalverbänden dürfe nicht übersehen werden, daß die Durchführung im wesentlichen in den Händen der Gemeindevorsteher und Gemeindevorsteher liege, und hier sei vielfach Unmäßiges verlangt worden. (Sehr wahr! bei den Konservativen.) Er halte es aber für seine Pflicht, als Vertreter eines ländlichen Kommunalverbandes festzustellen, daß die Gemeindevorstände mit letzterem Verständnis in dieser schweren Zeit ihres Amtes gewaltet hätten. (Sehr richtig! rechts.) Es sei allerdings wesentlich leichter, zu kritisieren, als die Maßnahmen zu treffen. (Sehr richtig! rechts.) Und auch im Ausland werde anerkannt, wie schwierig es sei, in der Praxis die Ernährungsfrage zu lösen. Deshalb dürfe man nur mit großer Vorsicht an die Behandlung dieser Dinge herangehen. Seine Parteifreunde hielten deshalb diesen Antrag nicht für geeignet zur Behandlung in der Presse und in Volksversammlungen, sondern die Frage müsse in den hierfür angelegten Ausschüssen, in den Ernährungsausschüssen und den Preisprüfstellen gelöst werden. In ihnen seien alle Kreise der Bevölkerung, alle Berufsstände, alle Parteien und vor allen Dingen sachkundige Personen vertreten, und nach seinen Erfahrungen hätten sich diese Organe außerordentlich bewährt. Die konservative Partei sei zu Witort auf diesem Gebiete immer bereit gewesen und auch in Zukunft bereit. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Abg. Lange-Weipig (so.):**

Zu dem einen Punkte sei seine Partei mit den bisherigen Ausführungen einverstanden, daß nämlich die Volksernährung zu den schwierigsten Problemen gehöre, die der Krieg stelle. Es sei keine leichte Aufgabe, ein Volk von 70 Millionen Menschen zu ernähren, das seinen Platz im Handel am Weltmarkt mit einer Ausfuhr von 10 891 000 000 M. und mit einer Einfuhr von 11 638 000 000 M. im Jahre 1913 eingenommen habe und mit einem Male von diesem Weltmarkt abgegrenzt werde. Die Ausfuhr hode, und dies verurteile, daß diese Millionen fleißiger Hände keine Arbeit, keinen Erwerb hätten. Das Stöcken der Einfuhr rufe das Fehlen von Rohmaterial hervor, aber auch das Fehlen eines Teils der gewohnten Nahrungsmittel und eines Teils der Futtermittel. Das müsse sich natürlich in einem Lande wie Sachsen, dem höchstentwickeltesten Industriegebiete der ganzen Welt, wo 280 Menschen auf einem Quadratkilometer wohnen, besonders fühlbar machen. In einem Lande wie Sachsen, wo der Reichtum der Nation weniger in hunderten Kapital, in hunderten Vermögen bestehe, als in dem Einkommen aus Löhnen, müsse das besonders fühlbar werden, und darum habe eine Regierung in diesem Lande besondere Aufgaben zu erfüllen. Wenn man dann bedenke, daß gerade in Sachsen 41 Proz. aller Haushaltungen unter 1100 M. und 54 Proz. unter 1600 M. Einkommen hätten, so könne man sich die Wirkung dieses Aufwandes gerade auf diese Bevölkerungsteile denken. Man müsse bedenken, daß der Krieg viele Industrien zum Teil lahmgelegt habe, daß 600 000 bis 700 000 Familien ihre Ernährer im Heide sehen hätten. Da sei die Teuerung besonders schlimm. Er gebe zu, daß es für die Regierung nicht leicht sei — sie sei nur ein Fünftelteil der Kraft, die im Bundesrat entscheide — die Aufgaben zu erfüllen, die sie zu erfüllen habe. Aber die Maßnahmen seien von so großer Wichtigkeit und Tragweite, daß hier Rücksichten oder Gefälligkeiten nicht am Platze seien. Gerade sie als Volkvertreter, gewählt von den Massen des Volkes, die in der Ernährungsfrage am härtesten getroffen würden, seien gezwungen, die Ernährungsfrage hier gründlich zu erörtern, selbst auf die Gefahr hin, daß eine richtige offene Kritik falsch gedeutet werde. In der Presse und in Versammlungen dürfe es nicht geschehen. Und doch müsse das Volk verständigt werden. Vertrauen wider Vertrauen. Man müsse Vertrauen zum Volke haben, um so mehr würde dieses Vertrauen zur Regierung haben. (Sehr richtig! links.) Bezüglich der Vergangenheit wolle er sich in großen ganzen auf den Standpunkt stellen, den der Vertreter des Reichstages am 29. Mai im Reichstage eingenommen habe, der gesagt habe: „In dieser schweren Zeit ist die Kritik nur insofern berechtigt, als wir aus der Vergangenheit lernen müssen, was wir veräumt und unrichtig gemacht und was und wie wir es besser zu machen in der Lage sein werden.“ Am 24. November sei es ein Jahr, daß seine Partei in der ersten Kriegstagung hier im Plenum öffentlich erklärt habe, daß sie nach eingehender Aussprache mit den Regierungvertretern der Erwartung Ausdruck geben zu können glaube, daß den Familien der Einkommen wie der Arbeitslosen eine ausreichende, das Existenzminimum sichernde Fürsorge zuteil werde. Zuvorwärt das trotz der eingetretenen Preissteigerung geschehen sei, darüber werde in den Deputationen weiter erörtert werden. Man hätte aus den Vorgängen dieses Jahres besser die gemachten Erfahrungen vermerken sollen. In der zweiten Kriegstagung seien hiermit Leitende unter Zustimmung der Regierung einstimmig und einmütig angenommen worden. Aber was hätten die Leitende gezeitigt? Teilweise seien große Hoffnungen daran getnüpft worden, aber es sei schon ein Vermutstropfen hineingefallen durch die Behandlung der Leitende in der Ersten Kammer. Dort habe man große Debatten gehabt über den Wert der Fikane und ihre Jagd, aber für das größte Problem des Krieges, für die Nahrungsmittelversorgung im Lande, habe man keine Zeit und

keine Gelegenheit gehabt. Beide Kreise des Volkes erblickten darin ein Symptom, daß für die oberhalb der Reichtumsreihe stehenden die Ernährungsfrage entweder gelöst sei oder ein weitgehendes Interesse nicht habe. Aber auch im Laufe des Jahres seien alle Erwartungen sehr wenig erfüllt worden. Die Maßnahmen der Brotversorgung sei die einzige, die volle Anerkennung verdiene, mit Ausnahme der hohen Preise, die nach seiner Überzeugung billiger sein könnten. Alle übrigen Maßnahmen trügen mehr oder minder den Charakter der verpassten Gelegenheit. Am 4. November sei das Verbot, Getreide zu verfüttern, erfolgt. Das Verfütterungsverbot sei nicht notwendig gewesen, es sei nur vorübergehend geschehen. Wäre damals eine Beschlagnahme erfolgt, wie es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Generalkommission der Gewerkschaften, und, was er der Wahrheit gemäß aussprechen wolle, die landwirtschaftlichen Vertreter am 13. August bereits gefordert hätten, so hätten auf den Kopf der Bevölkerung 300 g Mehl kommen können, 340 g würden in Friedenszeiten gebraucht. Aber alle moralischen Aufforderungen, kein Getreide zu verfüttern, alle moralischen Appellationen an die Vaterlandsliebe seien wirkungslos gewesen. Der Rektor der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin habe erklärt: im Dezember und Januar sei mehr Getreide verfüttert worden als in Friedenszeiten. Erst als am 3. Januar 1915 das Resultat der Getreideaufnahme vom 1. Dezember 1914 bekannt geworden sei, habe man zu den Maßnahmen vom 25. Januar und 1. Februar 1915 gegriffen, die ihre Anerkennung verdienten. Redner unterwirft dann die verschiedenen Maßnahmen der Regierung einer eingehenden Kritik. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie zu spät eingegriffen habe. Sie habe die Lehren des vergangenen Jahres für dieses Jahr nicht benutzt. Ungehobene Summen seien aus dem Volke herausgeholt worden. Er gehe in dieser Beziehung des näheren auf die Frage der Höchstpreise ein, über die vielfach die Meinung verbreitet sei, sie seien dazu da, um die Preise hochzuhalten und nicht herunterzulassen. Auch in der neuen Ernte habe man die Höchstpreise festgehalten, obgleich man in diesem Jahre mit der neuen Ernte zu rechnen habe. Was solche Maßnahmen anrichten könnten, hätten die Vorgänge auf dem Kartoffel- und Schweinemarkte gezeigt. Die Kartoffeln seien neben dem Brot das Hauptnahrungsmittel besonders der Armeren im Volke. Die Kartoffeln müßten noch die notwendigen Nahrungsmittel ergänzen, zum Teil ersetzen. Hier sei es wieder der preussische Landwirtschaftsminister, der eine eigenartige Rolle gespielt habe. In zwei Erlassen, am 10. September und 15. Oktober, habe er die preussische Landwirtschaft aufgefordert, Kartoffeln zu verfüttern und immer wieder Kartoffeln zu verfüttern, und erst am 9. Januar sei diese Aufforderung zurückgenommen und die Verordnung widerrufen worden. Am 28. November habe man Höchstpreise auf Kartoffeln festgesetzt, die dann bald erhöht worden seien. Von der gesamten Preissei fast aller Parzellierungen, von Gemeindeverordneten, von politischen Vertretern, überall sei die Regierung erjudet worden, die Beschlagnahme der Kartoffeln vorzunehmen. Das sei aber nicht geschehen. Man sei zu sehr mit Sammelhandelsjahren und Trostpreisen vorgegangen. (Beifall.) Natürlich habe die Spekulation eingeleitet. Er verweise nur auf den schönen Buchergewinn, der jetzt in Köln vor Gericht gewesen, wo einer 50 000 M. an Kartoffeln verdient habe und dafür mit 2000 M. Strafe belegt worden sei — Gebrauder Abraham und Seli Esam. (Beifall.) Man habe damals gesagt, es sei nicht möglich gewesen, die Wägen nicht zu öffnen gewesen. Diese Erklärung glaube er nicht, denn ihre widerspreche die Handelsstatistik der vergangenen Jahre. Die Regierung müsse bemerkt sein, in Zukunft zu verhindern, daß solche Klettertische wie im vergangenen Jahre wieder kämen. Wenn da die Regierung fest bleibe, dann möge ruhig einmal der Produzent oder der Händler eine Preistang eine Ware zurückhalten, sie könnten sie nicht alle selber verzehren, sie müßten sie schließlich herausbringen. Hätte die Regierung damals rechtzeitig eingegriffen, so wäre noch einmal keine Kartoffelnot gewesen, es wäre monatelang keine Teuerung gewesen. Hätte man unter Freigabe der Futterkartoffeln die anderen Beschlagnahme, so wäre das Geld, das die Gemeinden eingekauft hätten, das die Familien und das Reich bezahlt hätten, nicht notwendig gewesen. Ten Maßnahmen auf dem Kartoffelmarkt schlossen sich die Vorgänge bei den Schweinen ebenfalls an. Redner geht auch auf die Schweinefrage ausführlich ein und führt die verschiedenen Verordnungen der Regierung an. Am 9. Juni habe der preussische Landwirtschaftsminister in der Budgetkommission des Reichstages erklärt, daß Deutschland noch niemals einen so hohen Viehstand gehabt habe an Rindvieh und an Schweinen, wie Ende des Jahres 1914. Trotzdem seien die Schweinepreise immer höher geiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung habe aber nicht eingegriffen, um die Preise auf ein angemessenes Maß herunterzubringen. Ja, die Regierungen deutscher Bundesstaaten hätten dem indirekt entgegengetrieben, wie Redner an einer Notiz des preussischen Landwirtschaftsministeriums, die durch das Reichliche Telegraphenbureau verbreitet wurde, abgedruckt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 24. März, über die etwaige Enteignung der Schweine nachzuweisen laßt. Die Regierung habe dadurch die Enteignungsmöglichkeit einfach aufgehoben, darüber habe natürlich die „Deutsche Tageszeitung“ frohlockt. Daß sich der Handel vielfach der Preistreiberer und Profitmacherei mit schuldig gemacht habe, zeigten die Gerichtsverhandlungen. Erst dieser Tage habe in Leipzig eine Beurteilung eines Viehhändlers Bed aus Deutsch-Lupsa stattgefunden. Die Schuld aber liege auch bei den Produzenten, bei den Landwirten selbst mit. (Sehr richtig! links.) Gewiss gebe es auch aus den Kreisen der Landwirtschaft vernünftige Stimmen, wie den Grafen Ramkau usw. Aber die Tatsachen blieben: Unausführlich seien die Preise weiter geiegen. Daß hier natürlich die Maßnahmen in kleineren Bezirken und in den Gemeinden einflußlos seien, leuchte ohne weiteres ein. Es hätten einzelne kommandierende Generale für ihre Armeekorpsbezirke Höchstpreise für Butter und für andere Sachen festgelegt. Das sei einfach nicht durchführbar. Darum müßten einheitliche Maßnahmen des Reiches getroffen werden, und das bezwecke ihr Antrag. Er erkenne an, daß in den Städten Vorräte angehäuft würden, daß in diesem Sommer durch das Getreidefisch in den Großstädten der Fleischmangel erleichtert worden sei. Man sollte nicht die Landwirtschaft allein schuldlos halten wollen. Wenn man das tue, dann müßte man jedem Arbeiter und Beamten 80 bis 100 Proz. am Lohn und Gehalt zulegen (Sehr richtig! links), denn das löse sie der Krieg. Und dann müsse man auch die kleinen Gewerbetreibenden, die ihre Läden und ihre Werkstätten hätten schließen müssen, weil sie zum Heere einberufen worden seien, schloßlos halten. Noch bedauerlicher sei es, wenn man die hohen Preise damit verteidige, daß das Volk anders nicht zum Sparen angehalten werden könne. Dieses Verfahren sei nach seiner Auffassung ein Rückfall in die Barbarei. Das Volk habe sich eingeschränkt und freiwillig angepaßt. Leider gebe es keine allgemeine zuverlässige Verbrauchskartistik, aber wenn gesagt werde: Es werde zuviel Fleisch verbraucht, auf den Kopf komme in Deutschland aber in der und der Stadt so und soviel Pfund pro Tag, oder pro Tag so und soviel Butter, so sei das irreführend. Das Dreifache komme auf den einzelnen und auf den anderen weniger oder gar nichts. Soweit es eine Statistik, z. B. in Genossenschaften gebe, liefere sie den Beweis, wie sich das Volk eingeschränkt und angepaßt habe. Redner führte als Beweis dafür statistische Zahlen des Konsumvereins zu Wagnitz an. Der Butterverbrauch sei z. B. im Kriegsjahre dort ziemlich um die Hälfte zurückgegangen, wofür aber der Verbrauch an Surrogaten, wie Wasmelode, Ribbenrost, Zudenhonig um die Hälfte geiegen sei. Das Volk habe aber auch in der Menge weniger gekauft. Das möge für überernährte Menschen gewiß eine heilsame Beschränkung sein, aber nicht für Millionen von Menschen, die bisher nur knapp des Lebens Notdurft und Nahrung gehabt hätten. Das könne zu einer Gefährdung der Ernährung werden. Und das Beträübende dabei sei, daß man nicht lagen könne, es müsse so sein, sondern ethisch sagen müsse: es brauchte wirklich nicht so sein. Immer aber sehe man die Ursache für diesen Zustand in dem zöghaften Latieren, in den



gehobenen Maßnahmen, in dem Verlassen des rechten Augenblicks seitens der Regierung. Immer würden Höchstpreise festgesetzt, wenn die Spekulation die höchste Höhe erreicht habe. Warum habe man nicht beim Beginn der diesjährigen Ernte die Kartoffeln einfach beschlagnahmt? Warum tue man das jetzt erst hinterher? Redner geht hier näher auf die Einzelheiten dieser Preispolitik und ihrer möglichen Folgen ein. Was in dieser Beziehung bisher ein Versehen gewesen sei, das könne in Zukunft leicht zum Versehen werden, und davor möchte er gewarnt haben. Er wolle nicht einzelnen Personen die Schuld zuschieben, sondern der Fehlleitung an dem ganzen Wirtschaftssystem, an der Devisen, soviel als möglich zu profitieren. Je mehr Geld einer heute gut mache, um so mehr gelte er in Gemeinde und Staat, dann sipe er vorman in der Kirche. (Lachen links.) Treffliche Worte habe der Herr Minister im letzten Landtage hier in der Kammer gegen den Wucher gebraucht. Gewiß seien Verfassungen angebrocht und zum Teil auch verhängt worden, aber sei denn der Wucher nicht zum Teil erst möglich geworden durch die Preispolitik der Regierung? Der Wucher könne verhindert werden, wenn die notwendigen Lebensmittel beschlagnahmt und ihre Verteilung organisiert werde. Was beim Getreide möglich gewesen, sollte auch bei anderen Lebensmitteln möglich sein. Das habe er wiederholt auch das Kongressblatt in diesen Tagen zum Ausdruck gebracht. Man müsse Mittel und Wege finden, Abhilfe zu schaffen, besonders wo es sich um Hunderttausende von Familien handle, wo der Mann ein Ferkel habe, und die Frau 1/2 Jahr lang auf die Unterstützung angewiesen sei, wo oft die letzten Sparatroschen verbraucht seien, die sie als Mädchen erpart habe, und die Wälder aufs Leihhaus geschafft worden sei, um dem Hausvater die Wette und die Kohlen für die Schuhe ihres Kindes bezahlen zu können. Darin stehe ein Stills Stehen, aber auch ein Stills Stehen, an dem die Geschichte nicht achtlos vorbeizugehen können. Redner erinnert in diesem Zusammenhang an den Wert, den die Fortbildungsschule für Mädchen in dieser Zeit haben würde. Er glaube, es werde sich niemand mehr finden, der sage, es sei unnütz, die Mädchen auszubilden. Aber es sei nicht deutsche Art und deutsches Wesen, vor Schwierigkeiten zurückzuschrecken. Deshalb wüßte er sich, warum die Regierung zurückgedreht. Es müsse doch möglich sein, festzustellen, wo der Dase in dieser Beziehung im Pfeffer liege. Das soll werde auf Seiten derjenigen sein, die den Hut hätten, hier einzugreifen. Er wüßte es richtig aus: es sei gar kein Gedanke daran, daß Deutschland durch Hunger bezwungen werden könne; das wäre das Letzte, wozu Deutschland fähig sei, denn die volle Ernte liege ihm in diesem Jahre zur Verfügung. Da liege es an weiter nichts als am Handeln und Eingreifen. Aber man solle die Opferwilligkeit nicht nur von seinem Teile, sondern vom gesamten Volke fordern. Besonders in der neuesten Zeit sei eine Menge Berordnungen erschienen, die er nur kurz berühren wolle. Die Preisregulierungsstellen seien ohne Machtbefugnisse, ebenso die Überwachungsstellen. Das Aushängen von Preislisten sei sehr gut, habe aber nicht verhindert, daß jeden Tag höhere Preise darauf geschrieben worden seien. Man leide gewiß nicht an Überfluß. Die fleischlosen Tage seien ja ganz gut gemeint, aber die große Masse habe nicht fleischlose Tage, sondern fleischlose Wochen und Monate bereits hinter sich. (Sehr richtig! links.) Es müssen Fleischmärkte eingeführt werden, und es müßten, wie bei der Freiheit, eine Verteilung dessen, was da sei, stattfinden, wenn man über diese Katastrophe hinwegkommen wolle. Mit der Butter sei es ähnlich. Wenn die vorhandene Butter auch nur einigermaßen verteilt würde, dann könnten Hunderttausende, ja Millionen von Menschen in Deutschland mehr Butter, als sie jetzt ihres Lebens gehabt hätten. (Sehr richtig! links.) Also vorhanden sei alles, aber es fehle an der gerechten Verteilung, und hier wäre es notwendig, auch bei den Kindern einzugreifen und beim Waid. Deshalb müsse er fordern, daß für alle wesentlichen Nahrungsmittel und Bedarfsartikel eine Regelung eintrete. Es sei die Beschlagnahme vorzunehmen, die Preise seien zu regeln und die Verteilung sei vorzunehmen. Damit seien auch die vielfachen Preisverordnungen der Militärverwaltung weg, die hohe Preise zahlte. Die Ergebnisse aus dem Auslande sollten unter allen Umständen nicht in die Hände der Spekulanten kommen, sie sollten von vornherein beschlagnahmt werden und nach dem Selbstkostenpreise — und wenn es auch höhere seien als im Inlande — zur Verteilung gelangen. Redner macht dann den Herrn Minister auf die Kationen in den Großstädten aufmerksam, wo bei der Verkauftenern die billigen Lebensmittel verteuert werden. Soweit die Einschränkung des einzelnen notwendig sei, sehe er und seine Partei auf dem Standpunkte, daß diese ein Gebot der Selbsthaltung sei und auch gar nicht darüber zu kommen sei; sie wollen nur, daß es einheitlich und gleichmäßig geschehe. Das Bewußtsein der Notwendigkeit, der Opferwilligkeit müsse im Gefühl des ganzen Volkes wachgerufen werden. Es seien nicht Gründe der Menschlichkeit allein, sondern ein notwendiges Eigeninteresse des Reiches, Kraft und Gesundheit seiner Mitglieder, besonders der heranwachsenden Jugend, zu sichern durch eine befriedigende Lösung der Ernährungsfrage. Deshalb dürfe man nicht die Politik der verpassten Gelegenheiten weiter treiben, sondern müsse frisch Hand anlegen, wenn dabei auch einige, die bisher persona grata gewesen seien, zu Schaden kämen. Wenn es das Interesse der Allgemeinheit berühre, so müsse das über die einzelnen Interessen hinweggehen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Günther (fortf. Sp.)

beantragt zunächst, die Anträge seiner Partei auf Drucksachen Nr. 16 und 17 der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen. Die Maßnahmen des Bundesrates zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes während der Kriegsdauer hätte die Zustimmung seiner Partei gefunden. Die ersten Anordnungen des Bundesrates reichten aber nicht aus, um erstens eine zweckmäßige Verteilung aller Nahrungsmittel über das ganze Reich zu gewährleisten, und zweitens, daß jedermann sie zu erschwinglichen Preisen erwerben könnte. Von solchen Erwägungen geleitet, hätte seine Partei im letzten außerordentlichen Landtage Höchstpreise unter Berücksichtigung der Qualität der Waren für alle notwendigen Nahrungsmittel während der Kriegsdauer gefordert. Es scheint, als ob die Regierung bei ihren für die allgemeinen Volksinteressen nachstehenden Anträgen und sonstigen Bemühungen im Bundesrat nicht immer die gewünschten Erfolge gehabt hätte. Unzufriedenheit sei in Deutschland vorhanden, weil jedermann wisse, was heute wiederholt hier betont worden sei, daß an selbsthergezeugten Nahrungsmitteln im Deutschen Reich ein wirklicher Mangel gar nicht bestehe, und daß infolgedessen auch die Preissteigerung in ihrer jetzigen Gestalt nicht am Plage sei. Im letzten außerordentlichen Landtage habe er die enorm gestiegene Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft an der Hand der amtlichen Statistik nachgewiesen. Dank freilich habe er für diese Anerkennung der landwirtschaftlichen Fortschritte auf der rechten Seite dieses Hauses nicht gerufen (Reiter links), einen bezüglichen Dank auch gar nicht erwartet. (Lachen links: Da würden Sie auch lange warten müssen!). Abg. Dr. Wehnert habe in seiner Rede heute ausgeführt: es dürfe nicht rückwärts gegen die Landwirtschaft vorgegangen werden. Seine Partei sei ganz der Meinung des Abg. Dr. Wehnert, das wolle sie gar nicht, und das sei auch früher nicht der Fall gewesen, denn sie alle wüßten, welche Bedeutung die deutsche Landwirtschaft nicht nur im Frieden, sondern im Kriege noch ganz besonders habe. (Sehr richtig!) Dann habe Abg. Dr. Wehnert auch davon gesprochen, als ob man der Landwirtschaft besondere Opfer zumuten wolle. Auch davon sei keine Rede. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Er möchte zu dieser Auffassung sagen, daß besondere Opfer keines Wissens während der ganzen Kriegsdauer bis jetzt nicht verlangt worden seien. Auch von Anfeindungen gegen die Landwirtschaft sprach Abg. Dr. Wehnert. Davon sei keine Rede. Man wisse, daß viele Tausende Landwirte ihre Wirtschaftspflicht gegen das Vaterland treu erfüllt hätten. Aber man begreife draußen im Lande der Meinung, daß gewalttätiger Einfluß an den jetzigen Ernährungszuständen hauptsächlich die Schuld trage (Sehr richtig!), und im nationalen Interesse läge es, diesen Ein-

fluß ein für allemal auszuschalten. Daß die Verbündeten Regierungen im Kampfe mit gewissen großräumigen Ansprüchen kämpften, ließe sich an manchen Vorkommnissen und Preissteigerungen klar erkennen. Trotz des wiederholt kundgegebenen Verbändnisses für die berechtigten Interessen der Landwirtschaft in der jetzigen Kriegszeit müsse aber im Interesse der Verbraucher gefordert werden, daß nicht Nahrungsmittel wie Kartoffeln, Butter, Milch u. dergl. zurückgehalten würden. Da bekannt sei, daß die Einfuhr zum erheblichen Teil fehle, so habe man keinen Überfluß an Nahrungsmitteln, immerhin aber so viel zum Zurückhalten, vorausgesetzt, daß die gesamte Landwirtschaft und nicht nur ein Teil, ausschließlich von solchen nationalen Gesichtspunkten aus mittue. Solange eben nicht die reichliche Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande möglich sei, werde auf dem Weltmarktes fehlen, und weil nun der Bundesrat unterlasse, rechtzeitig die längst geforderten Höchstpreise für die notwendigen Lebensmittel zu erlassen, sei es erklärlich, wenn die Preise dieser Lebensmittel bis zur Unerschwinglichkeit für die unbemittelte Bevölkerung in die Höhe gegangen seien. Er glaube, alle Redner, die vor ihm gesprochen hätten, hätten vom Kartoffelmangel gesprochen. Man habe die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die schon im ersten Wirtschaftsjahre zu überwinden gewesen seien, habe auch die Schwierigkeiten des nächsten Jahres, die sich in den letzten Monaten gezeigt hätten. Mit welchen Schwierigkeiten sei es aber verbunden, die großen Gemeinden ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen? Das sei doch allgemein bekannt, obwohl alle Welt wisse, daß die diesjährige Kartoffelernte in Deutschland riesig groß gewesen sei. Die „Köln. Zig.“ habe vor mehr als drei Wochen in einem Leitartikel darauf hingewiesen, daß trotz der gewaltigen Ernte, und obwohl die Reichsregierung durchaus angemessene Höchstpreise festgesetzt habe, es bisher weder den Kommunen noch den Haushaltungen im volkreichen Westen möglich gewesen sei, ihren Winterbedarf an angemessenen Preisen zu decken. Freilich verstanden sich die Landwirte nicht dazu, Kartoffeln zu den festgesetzten Preisen, die den Produktionswert durchaus deckten und darüber hinaus noch einen angemessenen Gewinn ließen, abzugeben. Die gleichen Schwierigkeiten hätten bei der Kartoffelbeschaffung die fleischlosen Gemeinden gehabt, wenn es in der letzten Zeit auch etwas besser geworden sei. Bei solchen Tatsachen müsse es einmüßig befreudlich wirken, wenn z. B. der engere Vorstand des Bundes der Landwirte, der sich erlaube, im Namen der deutschen Landwirtschaft zu reden, den Rat fände, in der „Deutschen Tageszeitung“ zu behaupten, der Vorstand, daß die Landwirtschaft absichtlich ihre Kartoffeln zurückhalte, sei ebenso ungerichtet wie frühere ähnliche Behauptungen. Es würde auch nicht behauptet, daß alle deutschen Landwirte ihre Kartoffeln und sonstigen Erzeugnisse zurückgehalten hätten, viele Landwirte hätten das nicht getan, denen Anerkennung nicht verweigert würde. Trotz der vom Bundesrat beschlossenen Höchstpreise würde der engere Vorstand des Bundes der Landwirte Unzufriedenheit in die landwirtschaftlichen Kreise hinein zu tragen, indem er von neuen Opfern der Landwirtschaft spreche. Das sei eine an Gemeinverständlichkeit grenzende Lätigkeit, die auch nicht eingedrückt oder abgelehnt werden, wenn er am Schlusse des Auftrages alle Bundesmitglieder aufzuzehere, den Kommunalverbänden Kartoffeln in reichen Mengen zu den festgesetzten Preisen zur Verfügung zu stellen. Tatsache und amtlich festgestellt sei, daß in zahlreichen Fällen die Kartoffeln absichtlich zurückgehalten worden seien. Es sei beobachtet worden, daß die Landwirte es absichtlich, den Gändern Kartoffeln zu dem für diese festgesetzten Einkaufspreis zu überlassen. Da der Preis von 3 Mk., wie jeder gerechtfertigte Landwirt zugeben müsse, durchaus angemessen sei, so könne dieses Zurückhalten der Kartoffeln nur als eine bedauerliche, den betreffenden Landwirten keine Ehre bringende Erscheinung betrachtet werden. Das Reich habe Jahrzehnte hindurch durch seine Schutzpolitik die deutsche Landwirtschaft lebensfähig erhalten. Der Staat müsse daher auch verlangen, daß der deutsche Landwirt im Kriege ihn nicht im Stich lasse. Dies tue er aber, wenn er sich weigere, seine Erzeugnisse, in diesem Falle die überreichlich gewachsenen Kartoffeln, der über als notwendiges Nahrungsmittel bedürftigen Bevölkerung zu einem angemessenen, ihm keinerlei Opfer auferlegenden Preise abzutreten. Er habe immer noch das Vertrauen, daß die Landwirte sich auf ihre vaterländischen Pflichten besinnen und nimmere dem Kartoffelabgab, wie er angeordnet sei, keine Schwierigkeiten mehr bereiten würden. Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte dagegen behauptete zur selben Zeit, die festgesetzten Grundpreise würden den tatsächlichen Produktionskosten nicht gerecht und der Landwirtschaft würden neue Opfer auferlegt. Er meine, noch niemals seien derartige Behauptungen in ihrer ganzen schädlichen Haltlosigkeit so gekennzeichnet worden, wie durch die amtliche Feststellung des Königl. Preussischen Landrates im Kreise Koblenz, daß den Landwirten bei der Abgabe der Kartoffeln zum festgesetzten Preise keinerlei Opfer auferlegt würden. (Sehr richtig!) In den letzten Tagen habe sein Parteifreund, der Reichstagsabgeordnete Dr. Wendorf, in Nr. 593 des „Berliner Tageblatt“ vom 20. November, der selbst ein größeres Gut bewirtschaftete, einen Aufsatz veröffentlicht, der sich mit den Herstellungslosten in der Landwirtschaft beschäftigte. Dieser gebe zu, daß die Verhältnisse für die Landwirtschaft durch den Krieg schwieriger geworden seien; er verweise darauf, daß es an menschlichen wie tierischen Arbeitskräften, wie auch an den nötigen Futter- und Düngemitteln fehle; er hebe hervor, daß es doppelter Arbeit und Sorgfalt bedürfe, um die notwendige Produktion wenigstens schied und recht in Gang zu halten. Aber — um gerecht zu sein, so sage er weiter — die Schwierigkeiten seien für alle anderen Berufsgruppen gewiß nicht geringer.

Schon durch derartige sachverständige objektive Feststellungen würden die Behauptungen von den übermäßig gestiegenen Produktionslosten der Landwirtschaft auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Der Redner stellt Johann an der Hand rednerischer Andeutungen des Abg. Dr. Wendorf fest, daß hiernach die Behauptung von den gesteigerten Herstellungslosten und der dadurch berechtigten und bedingten weiteren Preissteigerung auf ihr zutreffendes Maß zurückzuführen sei. Die Reichsregierung könne der Zustimmung aller einsichtigen Staatsbürger versichert sein, wenn sie, ohne die Lebensfähigkeit und die Eintätigkeit der heimischen Landwirtschaft zu gefährden, auf dem betretenen Wege entschlossen fortzuschreiten und die Lebenshaltung des Volkes zu erträglichen Preisen ermöglichen und sicherstellen würde; je eher desto besser. Was die Fleisch- und Fettversorgung anlangt, so wisse man, wie bedeutend die Viehzucht in Deutschland zugenommen habe. Nachdem der Redner einen volkswirtschaftlich-statistischen Überblick hierzu unter Berücksichtigung der Bevölkerungsbewegung gegeben hat, führt er aus, daß trotz der Erskwerung der Margarineeinfuhr und selbst unter Wegfall der ausländischen Fleisch- und Fetteeinfuhr die heimische Fleisch- und Fettzeugung bei einer gewissen Verbrauchseinschränkung ausreichte. Es komme auf die richtige Verteilung an. Wesentlich sei, daß die Preise für die weniger bemittelten Bevölkerungskreise erschwinglich blieben. Die Einfuhr von Fleisch- und Fettmarken würde ihren Zweck versehen, wenn die Höchstpreise die geringe Kaufkraft der weniger bemittelten Volkskreise überstiegen. Ob sich die Einfuhr von Fleischmarken so glatt durchführen lasse, wie bei der Fettmarken, oder wie sie bei den Fett- und Buttermarken möglich sein würde, wage er nicht zu entscheiden. Jedenfalls möge man nach dem allen Sprichwort: Probieren geht über Studieren an diese Frage ohne Bezug in dieser Richtung herantreten. Zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch nach der Bundesratsverordnung vom 4. November betone er, daß Höchstpreise für die Produzenten und Händler festgesetzt werden müßten. Mit dem Antrage Drucksache 17 bezwecke seine Partei, daß die Staatsregierung im Bundesrat erneut Anträge stelle, um die Lebensmittelsteuerung soweit wie möglich herabzumindern. Soweit das nicht möglich sein sollte, müßte durch Erhöhung der Reichs- und Staatsunterstützungen die Kaufkraft der Kriegsfamilien und der Erwerblosen entsprechend erhöht werden. Die Preise für Weizen und Roggen

seien im Verhältnis zu den für Brotgetreide gezahlten zweifelslos zu hoch. (Sehr richtig!) Abg. Nischke habe auf die zu große Spannung der Preise aufmerksam gemacht. Abg. Dr. Wehnert habe bereits aufzufassen dazu gesprochen. Er möchte nur betonen, daß die Reichsgetreidestelle für das ganze Wirtschaftsjahr unüberwindliche Preise für die Mehle kalkuliert und festgesetzt habe. Dabei seien die ab 1. Januar in Kraft tretenden Zuschläge schon berücksichtigt. Schon in der Budgetkommission des Reichstages habe im August dieses Jahres kein Zweifel geübert, daß die Spannung zwischen Getreidepreis und Mehlpreis im Kriege bei der Reichsgetreidestelle bedeutend höher sei als die Spannung in Friedenszeiten. In der Reichstagskommission habe man die Hauptursache der erheblichen Mehlsteigerung in den besonderen Kriegsvorkämlnissen und andernteils darin erblickt, daß der ganze Getreide- und Mehlhandel in so ungeheurer Umsänge zentralisiert sei und von einer staatlichen Verwaltungsstelle als veraltet werde. Die Monopolwirtschaft vertereure aber; der Regulator des Weltmarktpreises, der ausgleichende wolle, fehle. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei und Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Was er bei Getreide und Mehl gesagt habe, werde auch bei anderen Lebensmitteln der Fall sein. (Sehr richtig!) Übereinstimmend sei man in der Reichstagskommission der Ansicht gewesen, daß man für die hohen Höchstpreise, soweit sie durch die hohe Spannung zwischen den Rohgetreidepreisen einträten, nicht die Landwirtschaft verantwortlich machen könnte. Nach der Meinung seiner Partei sei die Erhebung der zu hohen Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreis möglich, wenn man einen Teil der zu hohen Betriebskosten der Reichsgetreidestelle aus Reichsmitteln erzeuge. (Sehr richtig!). Es bedeute aber auch eine große Ungerechtigkeit, daß die Kommunalbezirke, die keine Selbstwirtschaft besäßen, die also ihr Mehl von der Reichsgetreidestelle überwießen bekämen, einen viel höheren Preis anlegen müßten, als die Kommunalbezirke mit Selbstwirtschaft. Dabei müßten die Kommunalbezirke ohne Selbstwirtschaft oft dumpfiges Mehl verbänden, was wohl daran liege, nicht allgemein, aber ab und zu, daß die Einlagerung des Getreides nicht sachgemäß geschähe. An die Regierung werde das dringende Ersuchen gerichtet, für eine Herabsetzung der Mehlpreise im Bundesrat einen entsprechenden Antrag zu stellen und ihn mit allem Nachdruck zu begründen. Die Kartoffeln für Kartoffelstreichmehl, Kartoffelwalzmehl, Kartoffelflocken usw. seien auch viel zu hoch.

Der Redner macht hierauf an der Hand von Sachverständigenausführungen einige zahlenmäßige Angaben über die gesamte deutsche Kartoffelproduktion und führt dann fort: Da die Kartoffelernte sehr reichlich ausgefallen sei, könnte man schon eine ausreichende Menge für die Stärkemehlfabriken zu billigen Preisen abzugeben, um damit die Preise für diese Kartoffelprodukte ermäßigen zu können. Alle Maßnahmen müßten aber so getroffen werden, daß die Lebensmittel in ausreichendem Maße bis ins nächste neue Erntejahr hinein gesichert wären. Man könne nicht wüßen, wie lange der Krieg noch andauern werde. Es seien allezeit die staatlichen Anordnungen zu überwachen und zu ergänzen, die sich auf die ungeschmälerte Erhaltung der Lebensmittelherzeugung bezögen. Insbesondere verdiene die Milchversorgung jederzeit die ernstlichste Aufmerksamkeit der Regierung und ihrer Organe. Er wolle anerkennen, daß dies auch vom Redner der Konfessionen anerkannt worden sei. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen in Treiben habe auf diesem Gebiete recht beachtliche Anordnungen gegeben (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei). Inzwischen habe die Staatsregierung in betreff der Milchversorgung ihre Ausführungsverordnung vom 21. Oktober erlassen. Es sei abzumachen, wie die Verordnung, die ganz der Auffassung und den Absichten seiner Partei entspreche, wirken werde. Man begreife jetzt immer noch der Ansicht und Behauptung, daß die verminderte Produktionskraft, die Winterniedrigzeugung und Fleischherzeugung von dem Mangel an Kraftfuttermitteln abhängig wäre. Dies habe schon Abg. Nischke auf das richtige Maß zurückgeführt. Nach den Mitteilungen des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches habe mit der vermehrten Viehzucht auch der Anbau von Futtermitteln in Deutschland recht zugenommen. Nach einigen statistischen Angaben führt der Redner weiter aus: Gegenüber dem eigenen Futtermittelbau sei die Einfuhr an Futtermitteln aus dem Auslande zwar beachtlich, aber durchaus nicht ausschlaggebend. Von der Landwirtschaft werde immer behauptet, daß in diesem Jahre doch ein Teil der heimischen Futtermittel ihr nicht zur Verfügung lände. Zunächst sei sämtliches Brotgetreide, Gerste jetzt zur Hälfte und auch der größte Teil des Hafers beschlagnahmt worden. Dem gegenüber sei aber doch festzustellen, daß zunächst jede Ausfuhr an Getreide und Futtermitteln, die in Deutschland erzeugt würden, verboten sei; dann, daß die Ausmahlungen des Brotmehls bedeutend herabgesetzt worden seien — das ergebe ja Klein — und daß auch die Kartoffelernte wesentlich größer ausgefallen sei und Kraut, Rüben und sonstige Futterfrüchte reichlicher geerntet worden seien. Das auch ohne sogenannte ausländische Kraftfuttermittel eine gute Qualitätsmisch erzeugt werde, habe schon oft festgestellt werden können. Er habe den amtlichen Nachweis hier in der Hand. Die Milchunterkuchungen lieferten den Beweis, daß die Kraftfuttermittel aus dem Auslande nicht immer maßgebend seien. In dieser Beziehung wolle er nur verweisen auf den Polizeibericht, der in Nr. 208 des „Vogtländischen Anzeigers“ vom 8. September d. J. abgedruckt sei. (Dieser Polizeibericht wird vom Redner gegeben.) Die wenigen Zahlen, die er in bezug auf die Beschaffenheit der Marktvolkmilch hier zur Kenntnis gebracht habe, betätigten, wie notwendig eine sorgfältige und stetige Rohwaremittellkontrolle sei. Insbesondere müsse gegen die Milchverfälschung ganz streng vorgegangen werden. Auch ein wachsam Auge möchte man auf alle Ersatzmittel richten, die für die Volksernährung jetzt vielfach in den Handel gebracht würden. Es werde viel Schwindelei damit betrieben. (Sehr richtig! links.) Die Maßnahmen der Regierung dürften sich nicht allein auf die Lebensmittel beschränken. Er sei der Meinung, die Regierung müsse sich auch mit anderen Artikeln des höchsten Bedarfs beschäftigen, z. B. mit Feuerungs- und Beleuchtungsmaterial. Man dürfe nicht glauben, daß, wenn einmal Höchstpreise für Petroleum festgesetzt seien, die Sache damit abgetan sei. Und nicht zuletzt möchte man auch in bezug auf das Schuhwerk, in bezug auf die Lederpreise im allgemeinen Maßnahmen treffen. Denn das werde im Volke nicht verstanden, daß die Lederpreise so hoch gestiegen seien. (Sehr richtig!) Die Regierung sowohl als auch der Bundesrat würden sich den Dank der Bevölkerung erwerben, wenn auch auf diesem Gebiete einmal eine kräftige Remedur einseten würde. (Lebhaftes Zustimmung bei der fortschrittlichen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.) Er habe nicht die Absicht, den Antrag auf Drucksache 16 zu begründen. In den letzten Tagen würde der Handelsverkehr mit den Donauländern in erweiterter Umsänge wieder aufgenommen, größere Mengen Futtermittel würden eingeführt. Der Umfang der Beteiligung des deutschen Importhandels sei nicht bekannt. Der deutsche Kaufmann sei es, wie mit Stolz in Deutschland immer verkündet worden sei, dem das deutsche Volk seine handelspolitische und industrielle Entwicklung zu danken habe. Unzählige Beziehungen seien im Laufe von Jahrzehnten in allen Ländern angeknüpft und gepflegt worden. Die Maßnahmen, die durch Bundesratsverordnungen erfolgten, zielten ihrem ganzen Charakter nach doch darauf hin, den Handel in Deutschland, insbesondere den Einfuhrhandel, namentlich an Lebensmitteln, zu monopolisieren. Soweit das durch die Kriegseisen bedingt sei, sollte man nicht unterlassen, den Handel, der sich im In- und Auslande schon kräftig betätigte, in allen Zweigen mit heranzuziehen. Man werde ihn nach dem Kriege dringender denn je gebrauchen. Wenn im jetzigen Kriege für die Freiheit der Meere gekämpft würde, so geschähe das, um das weite große Feld für den deutschen Handelsverkehr und für den deutschen Kaufmann zu sichern. Es sei darum nicht zu versehen, wie man gewisse Handelskreise bei der Lebensmittelherzeugung des deutschen Volkes systematisch ausschließen und lahmlegen könnte. Beispiele könnte er genug anföhren. Aufgabe der zuständigen Stellen müsse es sein, hier gründlich Wandel einzutreten zu lassen. Von allen Seiten werde anerkannt, daß Deutschland



über eine genügende Menge von Nahrungsmitteln verfüge. Dazun sei niemals gewollt worden. Wenn im feindlichen Ausland das Gegenteil geschrieben und gesprochen werde, so sei das müßige Gerede (Sehr richtig! rechts.), auf das kein Gewicht zu legen sei. Was lediglich noch fehle, sei die zweckmäßige Verteilung der Nahrungsmittel, die in genügender Menge da seien und erzeugt würden, ferner, diese Mittel so zu verteilen, daß auch die geringere bemittelten Bevölkerungskreise zu ihrem berechtigten Anteil kämen. Hier sollte man überall den Handel und seine Einrichtungen und Organisationen mit heranziehen. Soweit die Wünsche der Bevölkerung hier zum Ausdruck gebracht würden, geschähe dies in der sichersten Überzeugung, damit den Plänen des feindlichen Auslandes entgegenzuarbeiten. Die Ernährung des deutschen Volkes zu gewährleisten bedeute in ihrem Erfolge nichts anderes, als zu dem entgeltlichen Siege der deutschen Waffen und Deutschlands Verbündeter mitgeholfen zu haben zum dauernden Gewinn für Deutschlands Macht und Ehre. (Bravo!)

**Staatsminister Graf Bismarck v. Schönhausen**  
(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine Herren! Die Nahrungsmittelfrage ist unausgeseht der Gegenstand der Fürsorge aller zuständigen Stellen im Reiche, in den einzelnen Bundesstaaten und in den Gemeinden. Da sie nicht nur für die weitere Kriegsführung von der allergrößten Bedeutung ist, sondern auch, namentlich in letzter Zeit, in der Öffentlichkeit außerordentlich lebhaft, zum Teil auch ohne ausreichende Kenntnis der Tatsachen, behandelt worden ist, bieten mir die zur Verhandlung stehenden Anträge eine willkommene Gelegenheit, auf diese wichtige Frage heute näher einzugehen. Ich bin freilich nicht in der Lage, mich auf die vielen heute berührten Einzelheiten einzulassen, die den Gegenstand der verschiedenen Anträge bilden. Ich muß dies der weiteren Beratung, sei es hier oder sei es in der Deputation, überlassen und will mich zunächst auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken.

Daß die Frage der Volksernährung während des Krieges noch nicht einwandfrei gelöst ist, ist offenbar. Wenn auch heute als unbedingtes sicher gelten kann, daß das Deutsche Reich weder in naher noch in ferner Zukunft ausgehungert werden kann, so hat doch die starke Preissteigerung, die jetzt wichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs ergriffen hat, eine Beunruhigung hervorgerufen, die, wie ich unumwunden ausgebe, begrifflich ist. Es ist richtig, daß es auf diesem Gebiete noch viel zu tun gibt, aber ich möchte bezweifeln, ob die leidenschaftliche Art, in welcher die Angelegenheit vielfach in der Öffentlichkeit behandelt wurde, geeignet ist, zu der von uns allen angetrehten günstigen Lösung wesentlich beizutragen. (Sehr richtig! rechts.) Um so mehr hoffe ich, daß eine sachliche Beratung in diesem hohen Hause zur Beruhigung und Aufklärung beitragen wird. Es ist durchaus begrifflich, daß die Preissteigerung, der ja der Einzelne wehrlos gegenüber steht, zunächst als eine unverständliche Ausbeutung der Notlage gedeutet wird und daß man in weiterer Verfolgung dieses Gedankens der Regierung Untätigkeit und mangelnde Tatkraft gegenüber einem solchen verbrecherischen Treiben vorwirft. Solche Vorwürfe sind auch im reichsten Maße erhoben worden. Darüber, ob dies mit Recht geschieht, werden nur die sich verständigenden können, die über die verschiedenen Voraussetzungen, aus denen sich die Preissteigerung ergibt, einig sind. Ich muß daher auch davon absehen, mich in eine eingehende Behandlung dieser Frage einzulassen, und möchte nur darauf heute mit besonderem Nachdruck hinweisen, daß die Preisbewegung ebenso wenig wie von dem einzelnen Verbraucher von den einzelnen Erzeugern und Händlern abhängig ist. Noch unbegründeter erscheint mir die Annahme, daß ganze Stände gleichsam in einer krummen Verabredung die Preise künstlich in die Höhe getrieben hätten. Eine solche Beeinflussung ist nach meiner Auffassung gar nicht möglich, und die Regierung hat gegen diese Auffassung, die leider immer wieder mit aller Schärfe hervorgetreten ist und nur dazu beitragen kann, in diese rein wirtschaftliche Frage parteipolitische und Ständebestimmungen unmitig hereinzutragen, entschieden Stellung genommen. Es ist, wie ich bereits in der letzten außerordentlichen Sitzung des Landtages ausgeführt habe, eine selbstverständliche Pflicht, den Wucher, wo er sich auch zeigt, mit aller Schärfe zu bekämpfen. Die entsprechenden Bundesratsverordnungen geben hierfür in sehr weiter Fassung die nötige Grundlage. Aber es wäre falsch, die Ursache der Steigerung der Preise allein oder auch nur vornehmlich in dieser verbrecherischen Tätigkeit Einzelner zu suchen.

So auch dort, wo nach unserem Empfinden eine unbedingte Bereicherung vorliegt, besteht die Schuld des einzelnen meist nicht darin, daß er selbst die Preissteigerung bewirkt verursacht, sondern darin, daß er die sich ihm bietende Gelegenheit eines guten Geschäftes flug ausnützt. Ich will das nicht entschuldigen und führe es nur an, um zu zeigen, wie schwierig es für die Behörde ist, die Grenzlinie zu bestimmen, wo der erlaubte Konjunkturgewinn aufhört und der Wucher anfängt. Die Preissteigerung hat zweifellos tiefer liegende und allgemeinere Ursachen. Sie ist begründet, abgesehen von der noch nicht geglätteten Verteilung der verschiedenen Waren — so bei der Kartoffel — bei einzelnen anderen Waren, z. B. der Butter, in der bisher verhältnismäßig geringen Menge der Vorräte, die durch Einfuhr nur sehr schwach ergänzt werden konnten. Wie dürfen aber hoffen — es ist dies in dieser Beratung wiederholt betont worden —, daß nach Eröffnung unserer Verbindung mit Bulgarien und bei dem zu erhoffenden günstigen Fortschritt unserer Verhandlungen mit Rumänien auch die bisher noch bestehende Knappheit an Futtermitteln in einer Weise ergänzt werde, daß von einer dauernden Knappheit nicht die Rede sein kann. Wenn ich vorher das Wort „verhältnismäßig“ betont habe, so habe ich damit sagen wollen, daß die normale Gütererzeugung, abgesehen vom Import, ausreichen würde, den Bedarf im Deutschen Reiche zu decken, wenn jeder Verbraucher seinen Bedarf um ein Geringes einschränken wollte im Vergleich zu der Verschwendung, die man in Friedenszeiten viel getrieben hatte. Die Schwierigkeit liegt aber darin, einerseits den Verbraucher zu der erforderlichen Selbstbeschränkung zu erziehen, andererseits aber die Produktion zu veranlassen, trotz der durch den Krieg eingetretenen Erschwernisse die gleiche Gütermenge auf den Markt zu bringen. Es will mir scheinen, als ob daneben auch die behändigen Klagen, die in der Öffentlichkeit über die Knappheit und deren angebliche Ursachen geführt werden, mit preissteigernd gewirkt haben.

Wird man aber diese allgemeinen Gründe für eine Preissteigerung zu, so erscheint der Ruf nach Einschreiten der Staatsgewalt durchaus berechtigt. Die Ernährung weiter Volksteile darf nicht dadurch in Frage gestellt werden, daß nur die wohlhabenden Kreise in der Lage sind, den steigenden Preisen mit ihrem Vermögen zu folgen. Niemand wird behaupten können, daß die Reichsleitung und die Regierung sich diesem Rufe, dieser Forderung unzugänglich gezeigt haben. Es ist auf diesem Gebiete außerordentlich viel geschehen, und die Frage kann nur die sein, ob das, was getan wurde, zweckmäßig, rechtzeitig und ausreichend gewesen ist. Ich habe bereits erklärt, daß die Regierung ihre Aufgabe heute noch keineswegs als gelöst ansieht. Das bei dem, was getan wurde, Mängel nicht vermieden wurden, stelle ich nicht in Abrede. Ich glaube nicht, daß heute ein Anlaß vorliegt, den Versuch zu unternehmen, das, was bisher von den verbündeten Regierungen unternommen wurde, eingehend zu begründen und zu rechtfertigen, obwohl eine vorurteilfreie Beurteilung der Gesamtheit der Maßnahmen wohl zu dem Schluß kommen wird, daß im wesentlichen der richtige Weg eingeschlagen wurde. Da aber Beschränkungen für alle Stände und für alle Kreise des Volkes infolge der Kriegslage unvermeidlich sind und bleiben werden, so kann noch nicht damit gerechnet werden, daß jede Unzufriedenheit mit dem bestehenden Zustande völlig verschwindet, obwohl erwartet werden darf, daß das ganze Volk auch künftig unermessliche Nachteile, die der Krieg bringt, willig trägt und in der gemeinsamen Arbeit an der Anpassung des wirtschaftlichen Lebens an den Kriegszustand auch künftig seinen Willen zur Selbstbehauptung bewahrt. Wenn aber hiernach zurzeit auf eine allgemeine Zustimmung von vornherein zu verzichten ist, so mag

doch in dem Umfange eine gewisse Rechtfertigung des bisherigen langsame Ganges der Dinge gefunden werden, daß ausnahmslos alle beteiligten Stände und Kreise von ihrem besonderen Gesichtspunkte aus Anlaß zu Klagen zu haben glauben. Landwirte, Gärtner und Viehzüchter, Groß- und Kleinhändler, Müller, Gastwirte, Bäcker und ebenso die große Zahl der Verbraucher sind sich hierin einig. Nicht als ob ich in einem Gleichgewichte dieser von den verschiedenen Seiten erhobenen Beschwerden einen befriedigenden Zustand sähe. Die Regierung sieht vielmehr durchaus auf dem Standpunkte, daß die auskömmliche Ernährung des Volkes die eigentliche und wichtigste Aufgabe ist, gegenüber der Sonderinteressen irgend eines Standes unter allen Umständen dann zurücktreten müssen, wenn ihre Opfer für die Erhaltung der Gesamtheit notwendig sind. Aber es scheint mir selbstverständlich, daß, wo Produzenten und Händler Opfer bringen, auch die Verbraucher in den Kreis derer einzubeziehen sind, denen Opfer durch den Krieg auferlegt werden. Namentlich die neueren Maßnahmen, die die verbündeten Regierungen für notwendig erachtet haben, sind von dem Gedanken getragen, daß unter allen Umständen auch die wohlhabenden Kreise neben anderen Opfern an der allgemeinen Einschränkung des Verbrauchs an Nahrungsmitteln unbedingt teilzunehmen haben. Die Einschränkung des Verbrauchs an Fleisch, an Butter und Fett wird in besonderem Maße in diesem Sinne eines sozialen Ausgleiches wirken.

Wenn ich von der Verpflichtung gesprochen habe, die die Regierung hat, die wirtschaftlichen Schäden, die namentlich die minderbemittelte Bevölkerung infolge der Erschwerung der Beschaffung der Gegenstände des täglichen Bedarfs trifft, auf das geringste Maß zu bringen, so muß ich nochmals, wie ich das schon früher von dieser Stelle aus näher ausgeführt habe, betonen, daß es sich hierbei im wesentlichen nicht um eine sächliche Angelegenheit, sondern um eine Reichsangelegenheit handelt. Gewiß hat die sächsische Regierung als die Regierung eines vorwiegend industriellen Landes die besondere Pflicht, der Versorgung der Bevölkerung ihr Augenmerk zuzuwenden. (Abg. Günther: Sehr richtig!) Immerhin bildet Sachsen nur einen Teil des großen deutschen Wirtschaftsgebietes. Nur das einheitliche Wirtschaftsgebiet kann die Grundlage gerade der wichtigsten Maßnahmen sein. Mit der Größe des Wirtschaftsgebietes wächst aber auch die Schwierigkeit der Aufgabe. Es sind im Deutschen Reiche so verschiedene Wirtschaftsbedingungen der Gütererzeugung und des Umlaufs in den einzelnen Gegenden vorhanden, daß ohne eine gewisse Begleichung bestehender und am Ort durchaus nicht als drückend empfundenen Verhältnisse die allgemeine Regelung gar nicht durchgeführt werden kann. Sowohl die Vereinheitlichung als die Abflachung nach gewissen Gebieten bringt eine in mancher Hinsicht tödende Schablone mit sich. Es werden durch solche Maßnahmen die wirtschaftlichen Vorgänge, die sich in normaler Zeit nach inneren Gesetzen wie ein natürlicher Lebensvorgang regeln, unter Ausschaltung dieser Gesetze nach dem Gesichtspunkt einer vermeintlichen Vernünftigkeit und Billigkeit künstlich geordnet. Das man über die Vernünftigkeit und Billigkeit sehr verschiedener Ansicht sein kann, versteht sich von selbst, ja es ist sogar selbstverständlich, daß diese Ordnung in einem oder dem anderen Falle höchst unbillig wirkt. Trotzdem haben die verbündeten Regierungen diesen Weg einer starken Rationalisierung wichtiger wirtschaftlicher Vorgänge beschritten müssen und werden auf ihm weiter gehen, sofern sich dies als notwendig erweist, und ist offenbar noch vorhandenen Schäden zu beseitigen. Das hierbei von Monat zu Monat das Bild wechselt und neue Aufgaben hervor treten, die sich hier vorher gar nicht als solche darstellten, zeigt die Erfahrung. Ich bitte, in diesem Zusammenhange auf den Beschluß der Zweiten Kammer, zu dem die Regierung in der außerordentlichen Sitzung des Landtages im Juli nach eingehender Beratung in der ersten Deputation Stellung genommen hat, einzugehen zu dürfen. Es wurden damals mehrere Grundzüge aufgestellt, die als Richtlinien für die weitere Tätigkeit der Regierung empfohlen wurden. Ich kann feststellen, daß diese Grundzüge im wesentlichen mit der inzwischen von der Reichsleitung und der Regierung eingenommenen Haltung übereinstimmen. Die Ausfuhrverbote für Lebensmittel sind beibehalten; ebenso eine Kriegsanleihe für das Getreide. Aus den Kartellverträgen der neuen Ernte sind die Speisekartoffeln, die für die menschliche Ernährung notwendig sind, freigegeben worden. Die vorhandenen, allerdings nicht sehr großen Futtermengen werden der Landwirtschaft zur Verfügung gehalten, damit diese Rind- und Schafzucht durchbringen kann. Die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände mit Brotgetreide ist nachdrücklich gefördert, die Bildung leitungs-fähiger Kommunalverbände mit Erfolg unterstützt worden. Brot und Mehl sind unter Beibehaltung der Brotkarte, soweit es die Vorräte erlauben, reichlicher zugewirkt, die Streckungsverbote wenigstens erheblich gemildert worden. Für Getreide und Speisekartoffeln sind Höchstpreise bestimmt, ebenso solche für Schlachttiere und für Schweinefleisch. Die Regelung des Juckermarktes ist mit dem Erfolg durchgeführt, daß die zeitweise, infolge der verärrkten Nachfrage drohende Preissteigerung vermieden wurde. Gegen den Wucher sind scharfe Strafbestimmungen erlassen.

Wenn ich hieraus den Schluß ziehe, daß im wesentlichen geschehen ist, was nach der damaligen Voraussicht geschehen sollte, so muß ich hinsichtlich der Getreide- und Kartoffelpreise noch einige Bemerkungen anknüpfen. Die Getreidepreise sind, wie bekannt, herabgesetzt worden, obwohl der Ernteausfall den zeitweilig gehegten Erwartungen nicht allenthalben entsprach. Der Abg. Rißke hat hierzu die Frage gestellt, ob der preussische Landwirtschaftsminister im Bundesrat für eine Erhöhung der Getreidepreise eingetreten ist. Ich möchte mich darauf beschränken, zu erwidern, daß meines Wissens die gegenwärtigen Preise im Bundesrat nicht gegen die preussischen Stimmen beschloffen worden sind. Für Mehl sind in den einzelnen Kommunalverbänden durchgehend Höchstpreise bestimmt. Wenn trotzdem immer wieder der Wucher laut wird, Weichhöchstpreise von Reich wegen festzusetzen, so scheint mir hierin eine Verkennung der Voraussetzungen zu liegen. Solche Höchstpreise könnten vom Bundesrat nur für größere Gebiete einheitlich festgelegt werden und würden damit zweifellos den Vorteil des billigen Weichpreises, den einzelnen Gegenden infolge besonders günstiger örtlicher Verhältnisse erzielen können, beseitigen müssen. Solche Unterschiede haben jederzeit auch im Frieden bestanden und können um so weniger als ungerechtfertigt empfunden werden, als die Gegenden, in denen der Weichpreis infolge der Eigenart des Mühlenbetriebes etwas niedriger gehalten werden kann, meist solche sind, in denen die von auswärtig bezogenen Nahrungsmitteln nicht so preiswert gehandelt werden können. Es ist durchaus nicht abzusehen, warum die Kommunalverbände, denen diese Festsetzung überlassen ist, nicht auch das Bestreben haben sollten, den Weichpreis tunlichst niedrig zu halten, nur daß für hierzu unter Berücksichtigung ihrer Verhältnisse besser in der Lage sind als die Reichsleitung. Ich kann daher keinen Grund finden, warum an diesem Zustande etwas geändert werden müßte. Die Kartellpreise sind, wie bekannt, in Sachsen auf 57 M. für die Tonne festgesetzt. Die Kammer hatte in ihrem Beschluß für angemessen gehalten, diesen Preis nach dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre zuzüglich eines durch den Kriegszustand bedingten Mehraufwands zu bemessen und Hinsichtlich der Aufbewahrung und Selbstkosten für pflegliche Behandlung zu vergrößern. Der festgesetzte Preis ist niedriger, als er wiederholt im Verlauf der letzten zehn Jahre stand. Der Durchschnittspreis der letzten zehn Jahre berechnet sich nach den Notierungen für Wagbezug auf 46 M. Aber die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktionskosten liegen sehr eingehend begründete wissenschaftliche Untersuchungen vor. Es ist bekannt, daß die Schätzungen zum Teil sehr hoch gehen. Werden aber die in Ihrem Beschluß aufgeführten Nebenumstände berücksichtigt, so wird man den jetzigen Höchstpreis als diesen Wünschen durchaus entsprechend ansehen müssen, selbst wenn man von der unstrittigen Frage des erhöhten Futtermittelpreises gänzlich abläßt. Was nun die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln anlangt, so gebe ich zu, daß der gegenwärtige Zustand durchaus unerwünscht ist und die Klagen zum großen Teil berechtigt sind.

Ich muß den Kommissaren überlassen, hier oder in der Deputation darauf einzugehen.

Abg. v., wir sind uns bewusst, daß heute noch eine Fülle von Aufgaben vor uns steht, die dringend der Lösung bedürfen. Ich darf aber hoffen, daß über das Ziel, nach dem wir streben, eine Meinungsverschiedenheit nicht besteht. Jeder gute Rat, der uns diesem Ziele näher führt, ist uns willkommen. Nur möchte ich die Herren, die uns mit ihrem Räte helfen wollen, bitten, sich gegenwärtig zu halten, daß es selbstverständlich nicht schwer ist, Vorschläge allgemeiner Art zu machen oder auch nachträglich darauf hinzuweisen, daß man solche Vorschläge doch viel früher bereits gemacht habe. Die Frage ist nur die, wie solche Vorschläge in die Tat umgesetzt werden, und auch für diese Durchführung genügt nicht der Hinweis auf die dem Bundesrat erteilte weitgehende Ermächtigung. Sondern es handelt sich darum, alle wirtschaftlichen Folgen zu übersehen.

Für den Verbraucher, der in einem vom Weltverkehr abgeschlossenen Lande lebt, ist die erste und wichtigste Voraussetzung seiner Ernährung die, daß überhaupt genügend produziert wird, also die Erhaltung und Steigerung der Produktion. Das ist dann, soweit hiermit irgend verträglich, billige Preise durchzuführen und die Vorräte gerecht zu verteilen sind, wird von keiner Seite und am wenigsten von der Regierung bestritten. Die Schwierigkeit liegt aber in der Gefahr, durch eine zu starke Herabsetzung der Preise den Anreiz zur Gütererzeugung zu mindern. Hierbei wird es sich darum handeln, ob unter den durch die Höchstpreise gegebenen Verhältnissen auch der am ungünstigsten gelegene Betrieb, dessen Erzeugung für die Volksernährung nicht zu entbehren ist, noch aufrecht erhalten werden kann. Wir würden uns den Boden unter den Füßen weggraben, wenn wir anders handelten. Für die Verteilung der Lebensmittel, soweit sie hiernach durchführbar ist, und für die gerechte Verteilung hat der Bundesrat erst in den letzten Wochen einen starken Vorstoß unternommen, um uns auf diesem Wege weiterzubringen. Die zahlreichen neueren Bestimmungen über Verbraucheregelung und Preisfestsetzungen auf der Grundlage von Höchstpreisen müssen nun in maßvoller Arbeit in das Leben umgesetzt, ihr Erfolg erwartet werden. Sie wissen alle, daß dieser Erfolg bei so tiefen Eingriffen in das Wirtschaftsleben durchaus nicht immer dem Wunsche entspricht. Es ist schließlich unmöglich, alle Voraussetzungen und alle Folgen einer solchen Verordnung zu übersehen. So werden die Schweinefleischklagen im vorigen Winter heute von der großen Mehrheit als ein Mißgriff angesehen. Man spricht von Preisfestsetzungen und vergißt dabei, daß damals auch höchst angenehme Landwirte nachträglich für diese Schlachtungen eingetreten sind, wobei ich durchaus nicht übersehe, daß andere sie selbst befähigt haben. Ob sie wirklich so überfällig waren, wie jetzt leicht angenommen wird, ob die überschüssigen Kartoffelvorräte, die sich schließlich im Mai zeigten, für den ungenügenden Schweinefleisch ausgeglichen hätten, wird kaum mehr einwandfrei festzustellen sein. Das die Kartoffelverordnungen des letzten Frühjahres ungewöhnlich waren, steht wohl heute fest. Die Frage, wie es hätte gemacht werden sollen, wird aber sehr verschieden beurteilt. Inwiefern die Ausschaltung gewisser Handelszweige zugunsten einer Kommunalisierung der Allgemeinheit dienlich waren, ist eine sehr unstrittige Frage. Sie sehen aus diesen Beispielen, die leicht vermehrt werden könnten, daß selbst die nachträgliche Kritik nicht immer in der Lage ist, das Richtige vom Falschen zu unterscheiden. Man darf nicht vergessen, daß das Wirtschaftsleben ein organisches Gebilde ist, das nicht nach einer rein verhandelmäßigen Formel erfasst und umgeformt werden kann. (Abg. Günther: Sehr richtig!) Wenn wir trotzdem auch in neuerer Zeit und bisher auch in der Zukunft zu einer weiteren Rationalisierung der Gütererzeugung schreiten, so geschieht dies in dem Bewußtsein, daß hierbei unartige Härten und Fehler nicht vollkommen vermieden werden können. Die Notwendigkeit zwingt uns aber dazu, solche Eingriffe zu wagen. Dagegen muß ich absehen, den äusersten Wünschen zu folgen, die auf eine durchgehende und allgemeine Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens, unter Ausschaltung aller Verhältnisse hinausgehen, unter denen sich jetzt Erzeugung und Verteilung vollzieht. Es scheint mir nicht nur unmöglich, das wirtschaftliche Leben in eine Maschine umzuwandeln und auf diese Weise die Grundlagen der Wirtschaft vollkommen umzuändern, sondern auch höchst gefährlich, sich auf solche überaus gewagte Versuche in letzter Zeit einzulassen.

Die Tatsache, daß wir den uns auferlegenden wirtschaftlichen Krieg bisher siegreich geführt haben, verdanken wir nicht zum wenigsten dem starken und lärmlose Unternehmungsgeist unserer Bevölkerung. Wir verdanken sie der Frömmigkeit, dem Fleiß und der Energie, mit der Handel, Industrie und Landwirtschaft, unterstützt von einer treuen Arbeiterkraft, sich selbst gehalten haben. Dieser zunächst von dem eigenen Nutzen geleitete Individualismus bedarf freilich im Interesse der Gesamtheit eines starken sozialen Gegengewichts. Als Gegengewicht genügen nicht, davon haben wir uns leider überzeugen können, die sozialen Forderungen der öffentlichen Meinung, sondern es bedarf auch des harten Zwanges mit den Mitteln einer von sozialem Geiste getragenen Regierung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Regierung hat in dieser Zeit die Verpflichtung, den Individualismus und den spekulativen Eigennutz, den wir im Frieden nicht entbehren können, im Interesse zu halten. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Sie wird aber nicht so weit gehen, die Freude an der Arbeit und die Verantwortung des Einzelnen aufzuheben. Im Gegenteil, ich möchte vielmehr alle Erwerbstätigen bitten, sich der ihnen obliegenden großen Verantwortung bewußt zu bleiben und die Regierung dadurch zu unterstützen, daß sie die ihnen auferlegenden Opfer trotz äußeren Zwanges mit innerer Freiheit freudig mittragen. Wir müssen in dieser ersten Zeit alle in die Speichen der Räder greifen, darum ist es der Regierung willkommen, das schwierige Problem der Ernährung in sachlicher Arbeit mit Ihnen zu prüfen. Dankbar erkennt auch die Regierung das volle Heldentum an, das viele Familien in diesen Zeiten bewiesen haben. Ich bin auch davon überzeugt, daß unser Volk die Opfer, die ihm noch auferlegt werden müssen, mit verständiger Geduld tragen wird. Wir müssen aber nicht nur selber Opfer bringen, sondern den anderen das Vertrauen entgegenbringen, daß sie von dem gleichen Geiste der Opferfreudigkeit befeuert sind. In dem Bewußtsein dieser Gemeinschaft werden, dessen bin ich sicher, schließlich alle Hindernisse überwunden, und das Ziel unserer Feinde, uns in einem Erschöpfungskriege zu bezwingen, wird zuschanden werden. Dann wird diese Zeit gemeinsamer Prüfung, gemeinsamer Arbeit und in geheimer Kraft erlängten Sieges für unser Volkleben Segen und Früchte bringen, die alle Opfer überwiegen, die wir bisher gehabt haben. Lassen Sie mich für heute damit schließen. Aber die einzelnen Anträge wird sich die Regierung im weiteren Verlaufe der Beratungen aussprechen. (Beifoltes Bravo!)

**Der Präsident**

teilt hierauf mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen sei, der genügend unterstützt sei.

Abg. Uhlig (soz.) spricht gegen den Antrag.

**Der Präsident**

teilt mit, daß noch folgende Herren zum Worte gemeldet seien: Friedrich (konf.), Rißke (soz.), Bär (fortschr. Sp.), Dr. Kaiser (nl.), Uhlig (soz.), Hornmann (konf.), Langhammer (nl.), Traber (konf.), Brodau (fortschr. Sp.) und Bieser (Deutsch-Pol.).

Hierauf wird der Antrag auf Schluß der Debatte mit 39 gegen 35 Stimmen angenommen.

**Der Präsident**

teilt weiter mit, daß eine Vereinbarung von allen Parteien vorliege, die sämtlichen sieben Anträge zur weiteren Beratung der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen.

Die Kammer beschließt einstimmig demgemäß.  
(Schluß der Sitzung 4 Uhr 9 Min..)

